Oktober 2016
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD

Europa – Friedensprojekt oder Dumpingfalle?

Die Gewerkschaften auf der Suche nach der richtigen Strategie

Jetzt den roten VPOD-Taschenkalender 2017 bestellen!

mit Termin-, Monatsplaner und Adressverzeichnis

mit Unfallversicherung (auf Wunsch)

☐ mit Versicherung
(gültig bis zum vollendeten 70. Altersjahr) Fr. 18.35

☐ ohne Versicherung Fr. 8.65

Bestellung unter Angabe der gewünschten Version (mit/ohne Versicherung) und der Mitgliedsnummer an VPOD-Zentralsekretariat, Postfach 8279, 8036 Zürich oder per Mail an patrizia.loggia@vpod-ssp.ch.

„Più mosso“ oder „molto moderato“: Wie weiter mit der Musikinitiative?

VPOD Tagung Musik und Schule
Samstag, 5. November 2016, 10.00 – 14.00
Bern, Hotel Bern, Zeughausgasse 9

2012 wurde der Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung angenommen. Was ist seither geschehen? Wie wurde der Beschluss umgesetzt und was tut sich in den Kantonen und Gemeinden? Was lässt sich für eine echte Förderung der Musik tun? Welchen Platz soll die Musik in der Schule haben?

Anmeldungen bis zum 25. Oktober 2016 an VPOD Zentralsekretariat patrizia.loggia@vpod-ssp.ch. Mehr Informationen oder Online-Anmeldung unter www.vpod.ch/kalender

Themen des Monats

5 **Geht gar nicht: TISA**
Alle an die Kundgebung vom 8. Oktober in Bern!

6/7 **Die Schweiz ist sozialpolitisch verstopft**
Trotz 41 Prozent für AHVplus und 20 000 an der Demo

8/9 **Gesundheitstag: Das Muster erkennen**
Der Druck auf das Personal gehört zur Strategie

11–16 **Dossier: Dumpingfalle Europa?**
Gewerkschaftliche Antworten auf Migration
Der nationalistischen Versuchung widerstehen
Dumping im VPOD-Bereich: Europa nicht einzige Ursache

Rubriken

4 **Gewerkschaftsnachrichten**

10 **Aus den Regionen und Sektionen**

17 **Susi Stühlinger:** Give-away

18 **Wirtschaftslektion:** Warum Kontingente nicht helfen

19 **Wettbewerb:** Sport und Politik

20 **VPOD aktuell**

21 **Hier half der VPOD:** Farbenspiele im Arbeitszeugnis

22 **Solidar Suisse:** Handschuhe für Frau Mwedwe

23 **Menschen im VPOD:** Tiefe Töne von Ulrike Mann

Redaktion/Administration:
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 8, Oktober 2016
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr

Christoph Schlatter ist Redaktor des VPOD-Magazins

Symbolpolitik

Die Sterne im Walliser Wappen beispielsweise: Sie stehen für die 13 Zehnden, die 1815 den Kanton bildeten. Oder die drei Wellenlinien der Aargauer: Sie stellen die Flüsse Aare, Limmat und Reuss dar, die den Kanton durchströmen (und nicht etwa die Strahlung aus den Reaktoren Beznau I, Beznau II und Leibstadt). Beim Kanton Jura symbolisieren sieben Streifen sieben Bezirke, auch wenn sich nur drei von Bern abgespalten haben.

13 Streifen erinnern an die Gründerstaaten der USA, die 50 Sterne geben den aktuellen Stand. Alaska und Hawaii waren 1959 die jüngsten. Kämen dereinst weitere Staaten zum Bund, etwa Puerto Rico, müsste man das Sternenmeer neu arrangieren. In die umgekehrte Richtung läuft es beim Union Jack: Die Flagge des Königreichs ist durch Überlagerung der Kreuze von England, Schottland und Nordirland komponiert (der walisische Drache musste draussen bleiben). Jetzt muss man womöglich alles wieder auseinanderfädeln. Da ist Olympia mit seinen Ringen besser dran: Weil in näherer Zukunft kaum ein neuer Kontinent entdeckt noch ein alter untergehen wird, sind fünf eine sichere Bank. Jedenfalls bis zur Besiedelung der Antarktis.

Ineinander verschlungene Ringe präsentierte auch ein früher Entwurf zu einer Europafahne. Das Kettencollier wurde allerdings umgehend als Telefonwählscheibe verlacht. Immer noch besser als Churchills Unterhose: So nannten böse Zungen einen anderen Vorschlag, der ein rotes E für Europa weit in die Breite zog. Der verbleibende Rest entspricht weissen Boxershorts, die sich vom Bauchnabel bis zum Knie erstrecken. Durchgesetzt haben sich bekanntlich andere Modelle. Beziehungsweise die gelben Sterne auf blauem Grund.

Wie klug es doch gewesen ist, deren Zahl von Anfang an auf ein Dutzend zu fixieren! Rein zufällig stimmte das von 1986 bis 1994 mit der Anzahl Mitgliedsländer überein. Aber es bleiben zwölfe, komme, was wolle, und gehe, wer mag. Das lässt zwar auch spekulative Deutungen zu: Sind etwa die zwölf Apostel gemeint, die Sternzeichen, die Halbtöne? Oder gibt die Flagge einen Hinweis auf die Bibel? In Offenbarung 12 Komma 1 lesen wir: «Und ein grosses Zeichen erschien im Himmel, ein Weib, angetan mit der Sonne, und der Mond unter ihren Füssen, und auf ihrem Haupt ein Kranz von zwölf Sternen.» Mit der Frau ist Angela Merkel gemeint, das ist offenkundig. Aber wer ist der Mondmann, den sie mit Füssen tritt? Hollande? Tsipras? Seehofer? Sigmar Gabriel?

Immerhin kann so der EU-Beitritt der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Jahr 2041 ganz ohne Flaggenänderung erfolgen. Oder wird wird man, weil der verlorene Sohn immer besonders innig begrüsst wird, eins der Sternlein in ein Kreuzlein ändern?

Unrecht gegen Verdingkinder und andere: Beschleunigt von der «Wiedergutmachungsinitiative», kommt jetzt ein Gesetz zur Aufarbeitung des Behördenunrechts.

Wiedergutmachung kommt

Verdingkinder und andere Opfer von Behördenzwang erfahren ein Stück historischer Gerechtigkeit. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat für eine umfassende Aufarbeitung fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und für Solidaritätsbeiträge zugunsten der noch lebenden Betroffenen ausgesprochen. Die Initianten werden ihre «Wiedergutmachungsinitiative» daher zurückziehen, obwohl der Solidaritätsfonds gemäss Gegenvorschlag nur mit 300 statt mit 500 Millionen Franken ausgestattet wird. Der gesetzliche Weg bringt gegenüber der Initiative einen grossen Zeitgewinn. Ausserdem umfasst er einige zusätzliche Punkte: So wird Betroffenen bei der Spurensuche in Archiven geholfen. Auch für den VPOD ist das «Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981» eine historische Wegmarke. | *slt (Foto: Paul Senn, FFV, Kunstmuseum Bern, Dep. GKS)*

AZ-Medien: Personal schonen!

Die Syndicom ist der Ansicht, dass von einem lokal verankerten Medienhaus wie den AZ-Medien erwartet werden kann, dass es seiner sozialen Verantwortung gerecht wird und das Personal schont. Die Mediengruppe hat einen Abbau von 26 Stellen angekündigt, davon 6 durch Entlassung. Gespart wird offenkundig auch bei qualitätsrelevanten Bereichen. Der Vorgang bei einem Familienunternehmen ohne exzessives Gewinnstreben zeige, dass auch die Schweiz eine direkte Medienförderung anstreben müsse, folgert Syndicom. | *syndicom*

SEV mit SBB gegen Suizid

Die Gewerkschaft SEV beteiligt sich an der Kampagne «Reden kann retten», mit der die SBB und weitere Partner die Zahl der Selbsttötungen verringern wollen. Die SBB-Angestellten, in erster Linie die Lokführer, sind von Suiziden auf der Schiene besonders betroffen und leiden oft schwer. Aber auch das Zugpersonal, die Baudienste und der technische Service benötigen nach solchen Unfällen häufig psychologische Betreuung. Während die Zahl der Selbsttötungen in der Schweiz insgesamt eher zurückgeht, nehmen Suizide auf dem SBB-Schienennetz zu. 2015 waren es 120. Im SEV war die Mitwirkung an der Kampagne unbestritten. Diese empfiehlt Betroffenen und Angehörigen Aus- und Ansprache. Sie setzt damit auf den Papageno-Effekt, der dem bekannten Werther-Effekt entgegensteht: Papageno überwindet (in Mozarts «Zauberflöte») seine Selbstmordgedanken, weil er durch Dritte aus seinem «Tunnel» geholt wird. | *sev/slt*

Aufschrei der Grenzwächter

Seit vielen Wochen steht der Umgang mit Flüchtlingen an der Schweizer Südgrenze im Fokus der Medien. Dabei werden von Politik und NGO Vorwürfe an die Grenzwächterinnen und Grenzwächter erhoben: Sie würden willkürlich entscheiden, wer Asyl beantragen darf und wer nicht. Gemäss Garanto wäre es an Bundesrat Maurer, für Transparenz zu sorgen und der Öffentlichkeit zu erklären, welchen Auftrag das Grenzwachtkorps umsetzt. Garanto teilt im Übrigen die Forderung der Flüchtlingshilfe nach mehr Unterstützung der Grenzwächter. Namentlich an Übersetzungen besteht Bedarf. | *garanto*

Ideologiefreie Angestellte?

Die drei Verbände Angestellte Schweiz, Schweizer Kader-Organisation und der Kaufmännische Verband Schweiz teilen mit, dass sie eine «Plattform für Angestelltenpolitik» bilden wollen, die «kompromissorientierten Lösungen zum Durchbruch verhelfen» und gegen die «wachsende Polarisierung» ankämpfen soll. Mit dem Zusammenrücken wird schon beinahe jene Einheit wieder hergestellt, die der KV mit seinem Austritt aus dem Dach der Angestelltenverbände 2000 gesprengt hatte. In welche Richtung die Reise des Trüppleins gehen soll, geht aus der Ablehnung der AHVplus-Initiative deutlich hervor – «ideologiefrei», wie behauptet, ist solche Politik jedenfalls nicht … | *slt*

Lohngleichheitscharta – eine Steilvorlage

Mit Befriedigung nimmt der VPOD die Lancierung der Lohngleichheitscharta im öffentlichen Sektor durch Bundesrat Berset zur Kenntnis. Während zahlreiche Kantone in den vergangenen Jahren ihre Lohnsysteme bereits überprüft und wo nötig korrigiert haben, besteht bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten und Körperschaften sowie bei subventionierten Einrichtungen nach wie vor Handlungsbedarf. Nicht zuletzt bei den Gemeinden zeigen die Statistiken noch krasse Lohnunterschiede. Die Kommunen sind aufgefordert, den Steilpass des Bundesrats aufzunehmen und ihre Entlohnung möglichst rasch auf den Prüfstand zu stellen. | *vpod*

Nach jüngsten Enthüllungen erst recht: Auf zur Kundgebung «Stopp TISA» am Samstag, 8. Oktober, in Bern

Das Ende staatlichen Handelns?

TISA hat Folgen für die Schweiz: Eine CO_2-Steuer wäre unmöglich. Dies zeigt die jüngste Veröffentlichung geheimer Dokumente durch Greenpeace Niederlande. Gegen einen solchen Transfer der Macht vom Staat an Konzerne setzen wir uns zur Wehr! | **Text:** *Stefan Giger (Foto: Kandis/photocase.de)*

Greenpeace Niederlande hat weitere Dokumente aus den geheimen TISA-Verhandlungen publiziert, bei denen auch die Schweiz mit am Tisch sitzt. Dabei zeigt sich, welche Gefahr von den sogenannten Vertragsanhängen droht. Zwar hat die Schweiz den Energiesektor in ihrer Verhandlungsofferte ausgenommen. Aber durch die Hintertür wird diese Zusicherung aufgehoben: Anhänge sind direkt auf jedes Land anwendbar. Der Energieanhang wird also trotzdem auch die Schweiz betreffen.

TISA – oder wenn der Staat dreckige Energie nicht mehr «diskriminieren» darf …

Gleichbehandlung – für Energien!

Die neusten Enthüllungen zeigen: Der gesetzgeberische Spielraum wird durch TISA massiv eingeschränkt. Der Energieanhang fordert Gleichbehandlung – nicht etwa von Menschen, sondern von Energiequellen. Das heisst: Energie aus einem dreckigen Kohlekraftwerk darf nicht anders behandelt werden als Energie aus einem Flusskraftwerk. Wenigstens fordert die EU, dass Atomenergie ausgenommen bleiben müsse – Deutschland hat schliesslich den Atomausstieg verkündet.

Wenn die Schweiz nun also eine CO_2-Steuer einführen möchte (gemäss TISA muss jede geplante Gesetzesänderung den betroffenen Konzernen vorgelegt werden), so wird ein deutscher Energiekonzern, der mit Strom aus Kohlekraftwerken handelt, argumentieren, das sei diskriminierend: Schliesslich gibt es in der Schweiz keine Kohlekraftwerke, die CO_2-Steuer beträfe also nur ausländische Energieanbieter. Damit wäre die CO_2-Steuer nach TISA tatsächlich verboten. Selbst wer gegen Energiesteuern ist, muss einsehen: Einen derart massiven Eingriff in den gesetzgeberischen Spielraum können wir niemals akzeptieren.

Und CETA? Und TTIP?

Auch jene Handelsabkommen, an denen die Schweiz nicht direkt beteiligt ist, bedrohen die Demokratie. Die Europäischen Gewerkschaftsdachverbände warnen vor CETA – trotz des peinlichen Schwenks der deutschen Sozialdemokratie, die nun plötzlich für das Abkommen mit Kanada ist. Mehr als 3 Millionen Europäerinnen und Europäer haben eine Petition gegen CETA und TTIP unterzeichnet, über 2000 Kommunen haben sich zur CETA-und-TTIP-freien Zone erklärt. Und eben erst haben in Deutschland 320 000 Menschen gegen die fragwürdigen Verträge demonstriert: Das Volk will CETA und TTIP nicht! EGB-Sekretärin Liina Carr stellt klar, dass bei CETA die Beschäftigten Bürger zweiter Klasse sind – Vorrang haben überall die Rechte der Investoren. Zudem bedroht das Abkommen den Service public und den Konsumentenschutz. | *slt*

Lex Koller adieu?

Im TISA-Abkommen ist auch eine sogenannte Standstill-Klausel enthalten – eine Premiere für Schweizer Handelsverträge. «Standstill» heisst, dass bestehende Gesetze in Bezug auf National Treatment (Inländerbehandlung) nicht mehr verschärft werden dürfen. Das betrifft beispielsweise die Lex Koller, welche zum Ziel hat, die Spekulation mit Boden und Immobilien durch ausländische Investoren zu unterbinden. Just das gilt als Verletzung des National Treatments. Wenn Bundesrätin Sommaruga, wie 2015 angekündigt, bestehende Schlupflöcher in der Lex Koller beseitigen will, so muss sie sich beeilen: Wenn TISA unterzeichnet wird, kann dieses Gesetz nicht mehr verschärft werden.

Noch viel dramatischer ist TISA für Länder in Afrika, wo ausländische Investoren quadratkilometerweise Agrarland aufkaufen, um Weizen für Europa oder Mais für Bio-Benzin anzupflanzen, während nebenan die einheimische Bevölkerung hungert. Wenn diese Länder sich TISA anschliessen, wird es nie mehr möglich sein, dieses «Landgrabbing» gesetzlich zu unterbinden, auch wenn eine spätere Regierung den heutigen Ausverkauf des Agrarlandes rückgängig machen wollte. Einem solchen Diktat der Reichen dieser Welt müssen wir Kontra geben: Alle an die Kundgebung am 8. Oktober in Bern!

20 000 für die AHV

Die AHV muss gestärkt werden. Diese Forderung haben mehr als 20 000 Personen in Bern bekräftigt. Der Massenaufmarsch ist ein deutliches Signal an die Rentenabbauer in den eidgenössischen Räten, die das Volk für kleinere Renten mehr einzahlen und länger arbeiten lassen wollen. Der St. Galler Ständerat und SGB-Präsident Paul Rechsteiner sprach an der Schlusskundgebung von einer «gewaltigen Provokation, wie es sie in der Schweiz noch nicht gab». Was SVP und FDP bei der Rentenreform anstrebten, übersteige im Negativen alles Bisherige. Dabei stehen gerade die Frauen im Alter heute schon schlecht da, sagte VPOD-Sekretärin und SP-Frauen*-Co-Präsidentin Natascha Wey: «Über ein Drittel hat nur die AHV. Die AHV muss nicht nur gestärkt, sondern massiv ausgebaut werden.» Auch VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber sprach sich für den Ausbau der AHV aus, weil dort, im Gegensatz zu den Pensionskassen, kein Geld in privaten Taschen verschwindet. | *vpod*

Gewichtige, aber nicht ausreichende Zustimmung zur AHVplus-Initiative

Die verstopfte Schweiz

Kein Klima für Ausbau: Für eine Erhöhung der AHV-Renten war in der Volksabstimmung keine Mehrheit zu gewinnen. Die Niederlage der Gewerkschaften reiht sich ein in die lange Liste der gescheiterten Versuche, die Schweiz sozialpolitisch voranzubringen. Ein Signal zum Abbau gibt sie allerdings nicht. | **Text:** *VPOD (Foto: Nordreisender/photocase.de)*

Die AHV ist und bleibt die beste Altersvorsorge der Welt. Zwar hat die Angstmacherei der Gegenseite funktioniert und eine Niederlage der AHVplus-Initiative herbeigeführt. Der Ja-Stimmen-Anteil von gut 40 Prozent und die Zustimmung in 5 Kantonen mahnen aber zur Vorsicht: Ein Nein zum Ausbau ist kein Ja zum Abbau.

Die Volksabstimmung reiht sich ein in die Liste verpasster historischer Gelegenheiten. Und in die Geschichte der abgelehnten sozialpolitischen Vorstösse, bei denen es den Rechten gelungen ist, die gewöhnlichen Leute mit Angstmacherei aus dem Tritt zu bringen. Deutlichen Widerstand bietet heute vor allem noch die lateinische Schweiz. Dagegen ist es der bürgerlichen Propaganda offenbar gelungen, einen Keil zwischen die Generationen zu treiben. Darauf deuten die bestenfalls knapp zustimmenden Resultate aus den traditionell links-grünen Städten und Stadtquartieren.

Rien ne va plus

Der Grund für die Kampagne lässt sich leicht erraten: Die AHV sorgt in der auseinanderstrebenden Schweiz für ein Stück Ausgleich, indem sie die hohen und sehr hohen Einkommen ohne Obergrenze belastet, um damit den Wenigverdienenden im Alter unter die Arme zu greifen. Dieser Effekt ist den Reichen in diesem Land seit 1948 ein Dorn im Auge – und für sie ein Grund, jeden Ausbau in der ersten Säule zu hintertreiben. Einmal mehr mit Erfolg. In sozialpolitischer Hinsicht scheint die Schweiz dieser Tage nachgerade verstopft – nichts kommt durch! Auch moderate, auf Mehrheitsfähigkeit hin konzipierte Vorschläge (etwa auch die Mindestlohninitiative) stossen auf eine Ablehnung, die nur geringfügig weniger heftig ausfällt als das Nein zu vollkommen utopischen Vorschlägen (zum bedingungslosen Grundeinkommen zum Beispiel).

Dabei wäre die Stärkung der ersten Säule genau der richtige Ansatz gewesen, um der Rentenschmelze in der zweiten Säule zu begegnen. Dort wird man in den kommenden Jahren immer mehr Geld einzahlen müssen, und trotzdem werden die Rentenversprechungen immer weiter herabgesetzt. Da wäre es nichts als logisch, jene Säule der Altersvorsorge zu stärken, die gegenüber der Zinsentwicklung robust ist. Sogar die *NZZ* überlegt am «Montag danach» in diese Richtung.

Bei der Gestaltung der Reform «Altersvorsorge 2020», die jetzt wieder im Parlament verhandelt wird, geht es um zentrale Errungenschaften des modernen Sozialstaates. Das Versprechen eines Alters in Würde und unter Fortführung des bisherigen Lebensstandards, das auch in der Bundesverfassung steht, darf nicht gebrochen werden! Der VPOD warnt: Die Bevölkerung wird eine Erhöhung des Rentenalters und eine Leistungsverschlechterung bei den Renten nicht akzeptieren!

Dass das Stimmvolk auch die grüne Wirtschaft abgelehnt, dafür das Nachrichtendienstgesetz angenommen hat, ist wohl ein Produkt der unsicheren Weltlage – auch wenn beide Entscheide Resultat kurzfristigen Denkens sind und vor künftigen Generationen keinen Bestand haben werden.

Unscharfe Zukunftsperspektive: Sozialpolitischer Fortschritt hat es in der Schweiz derzeit schwer.

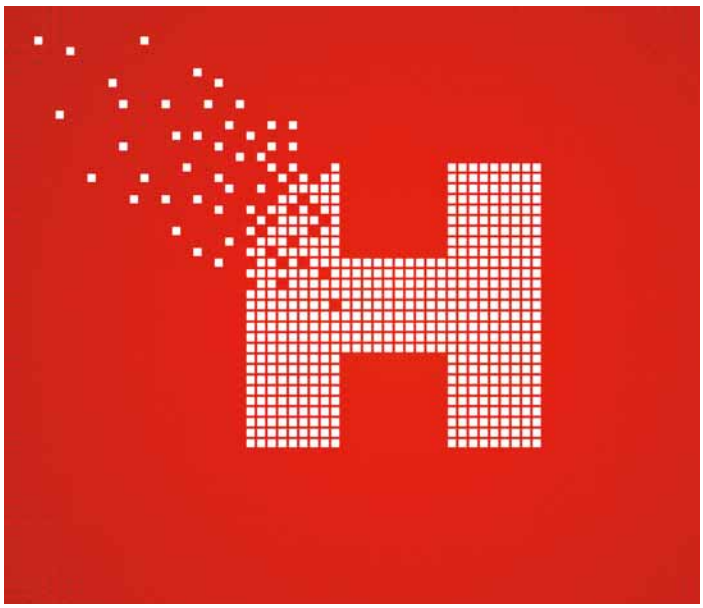
Tessin kündigt Bilaterale …

Eine Volksinitiative mit dem greulichen Titel «Prima i nostri» («Zuerst die Unsrigen») fand im Kanton Tessin eine Mehrheit, ungeachtet der Kollision mit übergeordnetem Recht, die damit verbunden ist. Der Südkanton kann die Bilateralen allerdings nicht im Alleingang kippen. Im Kanton Luzern scheiterten Linke und Gewerkschaften mit dem Versuch, die Ultratiefsteuerpolitik gegenüber Unternehmen wenigstens ein bisschen zu korrigieren. Erfreulich ist demgegenüber das steuerpolitische Verdikt des Schwyzer Stimmvolks, auch wenn es einer gemischten Motivlage entspringt. Ein Einheitssteuersatz ohne jede Progression, wie von der Regierung vorgeschlagen, hätte die hohen und sehr hohen Einkommen entlastet; alle anderen wären massiv stärker zur Kasse gebeten worden, namentlich die Mittelschicht mit Kindern, die nicht so mobil ist wie die superreichen Expats. Wie hart der Deutschschweizer Acker für kollektive Lösungen aller Art ist, zeigt auch der Absturz des Kinderbetreuungsfonds im Kanton Zürich, der nicht einmal 30 Prozent der Stimmen machte.

Am 3. November ruft der VPOD das Gesundheitspersonal zum nationalen Aktionstag

Das Muster erkennen

Der Druck auf die Spitäler wird immer grösser – und nur dank der übermenschlichen Einsatzkraft des Personals ist das Gesundheitswesen in der Schweiz nicht schon längst kollabiert. Der VPOD ruft für den 3. November zu einem nationalen Aktionstag auf. | **Text:** *Elvira Wiegers, VPOD-Zentralsekretärin (Foto: Traimak_Ivan/iStockphoto)*



Die neue Spitalfinanzierung (Swiss DRG) hat den Wettbewerb unter den Spitälern etabliert. Sie sollte zu mehr Effizienz und zu Kostensenkungen führen. Auch öffentliche Spitäler müssen heute als Unternehmen erfolgreich wirtschaften und Gewinne erzielen, um ihre Investitionen zu finanzieren. Kosten, insbesondere die Personalkosten, sind in dieser Logik ein latentes Ärgernis und grundsätzlich zu minimieren. Gleichzeitig verstärken permanente kantonale Sparprogramme den Druck auf die öffentlichen Spitäler und ihr Personal zusätzlich.

Bröckelnde Opferbereitschaft

Vor der Einführung der Fallpauschalen (Swiss DRG) gab es Subventionen nur für die öffentlichen Spitäler. Heute stehen auch private Institutionen auf den Spitallisten. Sie konzentrieren sich seit jeher auf rentable Dienstleistungen und profitieren nun zusätzlich von staatlichem Geld. Auch können sie ihr Personal ohne jegliche Einschränkungen etwa durch einen Gesamtarbeitsvertrag oder ein kantonales Personalgesetz einstellen und entlassen. Die öffentlichen Spitäler müssen sich im Eiltempo dem marktwirtschaftlichen System anpassen. Dadurch sind die Arbeitsbedingungen und die Löhne des Personals massiv unter Druck geraten. Viele Spitäler sehen sich zudem mit dem Problem veralteter Bauten aus den 1970er und 1980er Jahren konfrontiert, die ersetzt oder umfassend renoviert werden müssten. Solche Investitionen müssen alle Krankenhäuser heute aus eigener Kraft stemmen.

Dass die öffentlichen Spitäler infolge der politisch gewollten Strukturbereinigung funktionsfähig bleiben, liegt vor allem an der aussergewöhnlichen Berufsethik des Gesundheitspersonals, das vorwiegend aus Frauen besteht. Allerdings deutet das Obsan-Bulletin 7/2016 «Berufsaustritte von Gesundheitspersonal» darauf hin, dass die als typisch weiblich geltende Opferbereitschaft bröckelt. Demnach steigt ein bedeutender Anteil der ausgebildeten Fachkräfte wieder aus dem Beruf aus. «Der Fachkräftemangel in den Schweizer Spitälern und Kliniken ist besorgniserregend», stellt auch die Vereinigung der Schweizer Spitäler H+ fest. Laut H+ braucht es in den Spitälern jährlich Tausende zusätzliche Fachkräfte. Zurzeit könne nicht einmal ein Drittel des Bedarfs gedeckt werden. Der drohende Fachkräftemangel wird sich durch die Zuwanderungsbeschränkung weiter verstärken. Die Idee, infolge Schliessung «ineffizienter» Spitäler und Abteilungen sowie mittels «Produktivitätssteigerung» könne man Personal sparen, geht erstens nicht auf. Und belastet zweitens die Beschäftigten auf unerträgliche Weise.

Da jeder einzelne Kanton seine eigene Gesundheitspolitik betreibt, ist es mitunter schwierig, die Auswirkungen der Sparprogramme, Privatisierungen und des Wettbewerbs als Muster zu erkennen. Die Strukturbereinigung findet je nach politischer Zusammensetzung von Regierung, Parlament und Bevölkerung regional und zeitlich unterschiedlich und in unterschiedlichem Tempo statt.

Die Forderungen des VPOD

Der VPOD wird an seinem nationalen Aktionstag am 3. November auf die bedenkliche Entwicklung in den öffentlichen Spitälern und auf die grosse Belastung des Personals aufmerksam machen. Das Spitalpersonal hat das Recht auf faire Anstellungsbedingungen und Löhne. Der VPOD fordert deshalb, dass sich Spitäler auf Spitallisten an die Arbeitsbedingungen und Löhne der öffentlichen Spitäler bzw. an die Bedingungen der kollektiven Arbeitsverträge halten. Ausserdem müssen temporäre Stellen in feste Stellen umgewandelt werden, und das Lohnniveau muss generell angehoben werden.

Punkto Gesundheitsschutz besteht ebenfalls Handlungsbedarf: Spitäler müssen mit verbindlichen Personalschlüsseln arbeiten, die unregelmässige Arbeitszeit muss besser abgegolten werden (etwa mit einem dreijährlichen Kompensationsurlaub). Auch dem Unwesen der kurzfristigen Dienstplanankündigung gehört ein Ende gesetzt. Wenn die Planung weniger als 4 Wochen vor dem Einsatz noch abgeändert wird, muss extra entschädigt werden.

Wo läuft was am 3. November? Auf vpod.ch schauen! Auch das VPOD-Regionalsekretariat weiss mehr.

Bröckelnde Bereitschaft: Die Entwicklung in den öffentlichen Spitälern ist besorgniserregend.

Ein Blick in ausgewählte Regionen zeigt: Der Druck auf das Personal ist kein Zufall. Er gehört zur Strategie.

Aargau

Die Aargauer Kantonsspitäler leiden unter grossem Spar- und Abbaudruck. Sie waren mit einer sanierungsbedürftigen Infrastruktur in die Selbständigkeit entlassen worden und müssen nun alle Erneuerungen aus eigenen Erträgen finanzieren. Zudem werden 2016 die Fallpauschalen rückwirkend gekürzt. Die Spitäler müssen also Geld zurückzahlen, das sie erstens nicht besitzen und das sie zweitens in Gebäude und Technik investieren müssten. Die Löhne sind nicht mehr konkurrenzfähig, der Arbeits- und Spardruck demotiviert.

Basel

Auf 2012 wurden die öffentlichen Spitäler Basel-Stadt und Baselland ausgelagert. Seither wächst der Druck: Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der beiden Kantone werden sukzessive gekürzt. Die Spitalangestellten arbeiten häufig unter Stress, in zu kleinen Belegschaften und mit gigantischen Überstundenkonten. Die Fluktuation ist gross. Opfer des Privatisierungsdrucks wurde auch die Frauenklinik Bruderholz, die ans Bethesda-Spital wegprivatisiert wurde. Die Folgen tragen die Beschäftigten, die am Privatspital schlechtere Arbeitsbedingungen haben. Und die Patientinnen: Mit einer sehr hohen Kaiserschnittrate maximiert das Privatspital vor allem den Gewinn.

Bern

Vor allem die drei psychiatrischen Kliniken sind im Umbruch. Ab 2017 sollen sie als eigenständige Aktiengesellschaften funktionieren und müssen massiv Stellen abbauen. Die erste Welle der Strukturbereinigung lief ab 2000 und führte zur Schliessung mehrerer Institutionen. Dank dem GAV für die Berner Spitäler konnte der Wandel sozialverträglich gestaltet werden. Alle Spitäler auf der Spitalliste müssen den GAV unterzeichnen oder gleichwertige Bedingungen anbieten. Seit 2016 gilt auch für die Insel-Gruppe ein GAV. Sorgen bereiten die Anstellungsbedingungen trotzdem. Seit der DRG-Einführung leiden die Spitäler unter enormem Kostendruck, den sie aufs Personal überwälzen.

Innerschweiz

Das verselbständigte Kantonsspital Zug ist zu 49 Prozent im Besitz des Kantons. Dieser kann seine Aktien jederzeit verkaufen. Immerhin konnte der VPOD mit einem GAV relativ gute Arbeitsbedingungen sichern. – Im Kanton Luzern wurden sowohl die Psychiatrie als auch das Kantonsspital verselbständigt, beide befinden sich noch im Besitz des Kantons. Das Kantonsspital fuhr 2015 einen Gewinn in der Höhe von 45 Millionen Franken ein. Der klamme Kanton sackte davon fast 18 Millionen als Dividende ein. Im Rahmen des Sparpakets 2017 ist die Übernahme kleinerer Regionalspitäler avisiert. Der VPOD hat gegen die weitere Privatisierung eine Initiative lanciert.

Tessin

Ende 2015 präsentierte das Parlament mit dem neuen Spitalgesetz seine Pläne zur umfassenden Restrukturierung der Spitallandschaft: Schliessung ganzer Abteilungen, Auslagerung sowie Verselbständigung mit dem Ziel der vollständigen Privatisierung. Der VPOD hat dieses Projekt durch ein gewonnenes Referendum abgeblockt. Dieses erfreuliche Resultat darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Arbeitsbedingungen immer prekärer werden für alle, die nicht zum obersten Kader gehören.

Thurgau

Im Kanton Thurgau fand die Verselbständigung bereits 1999 statt. 2008 wurde die Spital Thurgau AG schliesslich in die neu gegründete Holding Thurmed AG überführt. Der Kanton kann seine 49 Prozent des Kapitals eigenmächtig verkaufen. Einstweilen tut er es nicht, denn Thurmed liefert der Regierung Jahr für Jahr satte Dividenden ab. Das Thema Privatisierung ist dermassen unpopulär, dass von der Arbeitskleidung im Kantonsspital die Buchstaben «AG» entfernt wurden.

Zürich

Die Regierung will sowohl das Kantonsspital Winterthur als auch die Integrierte Psychiatrie Winterthur in eine Aktiengesellschaft umwandeln und die Aktien möglichst schnell veräussern. Der VPOD hat das Referendum bereits beschlossen, andere Organisationen stossen dazu. Die Chancen sind intakt, dass die Bevölkerung eine Privatisierung verhindert, wie sie dies bereits bei den Spitälern Limmattal, Affoltern und Uster getan hat. Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens zeigt sich überall in festgefrorenen Löhnen und steigendem Arbeitsdruck. | *vpod*

Zürcher Lehrkräfte: Ältere benachteiligt

Die Lehrpersonenverbände im Kanton Zürich, unter ihnen der VPOD, akzeptieren die Schlechterstellung älterer Lehrpersonen nicht. Im neuen Berufsauftrag ab 2017/18 fällt die Altersentlastung durch weniger Wochenlektionen ab 57 Jahren weg. Zusätzliche Ferien kompensieren den Abbau nicht; künftig müssen Lehrkräfte bis zur Pensionierung 10 Wochen mehr arbeiten – faktisch eine Lohnkürzung. Die Verbände rufen Bildungsdirektorin Silvia Steiner auf, eine annehmbare Übergangsregelung zu schaffen. | *vpod*

Kindergarten Zürich: Immer noch nur 87 Prozent

Das Zürcher Verwaltungsgericht hat die Beschwerde von Kindergartenlehrpersonen gegen die aktuelle Lohndiskriminierung abgelehnt. Für die Beschwerdeführerinnen ist das eine herbe Enttäuschung: Der Kindergarten ist ein obligatorischer Teil der Volksschule. Die Lehrpersonen sind kantonal angestellt und einer zur Aufgabe und zur Ausbildung passenden Lohnklasse zugeordnet. Die Gleichsetzung eines Vollpensums mit 87 Prozent ist schiere Willkür. Kindergartenlehrerin Regina Stauffer (VPOD) wird noch deutlicher und spricht sogar von einer Schande. Die beteiligten Verbände prüfen den Weiterzug des Urteils. | *vpod*

Sarganserland – Spitexdumpingland

11 Beschäftigte werden bei der Spitex Sarganserland per Ende Jahr auf die Strasse gestellt. Verursacher dieser Massenentlassung sind die Gemeinden, die mit Pro Senectute einen neuen Leistungsvertrag abgeschlossen haben. Dieser sieht für Hauswirtschafts- und Betreuungsdienste noch einen Stundenlohn von 15 Franken vor. Zwar verlangt der Normalarbeitsvertrag Hauswirtschaft mindestens 18.55 Franken – aber er ist wegen einer perfiden Lücke hier nicht anwendbar. Das Vorgehen ist also «legal», aber alles andere als legitim. Der VPOD verlangt die Rücknahme des kurzsichtigen Entscheids. | *vpod*

Graubünden: Lohn-Automatismus fällt

Der Bündner Grosse Rat hat einen Automatismus gestrichen: Bisher stieg die Gesamtlohnsumme der Kantonsangestellten jährlich um 1 Prozent. Künftig muss Geld für den Teuerungsausgleich, für Lohnerhöhungen oder für zusätzliche Stellen jeweils mit dem Budget bewilligt werden. Damit wird die Lohnentwicklung zum Spielball der jeweiligen Wetterlage. Der Bürgerblock setzte im Kantonsparlament ausserdem durch, dass der Vaterschaftsurlaub lediglich auf 5 (statt auf 10) Tage erhöht wird. | *slt*

Chur: Faire Abfederung

Der VPOD ist hoch erfreut über das deutliche Resultat der Abstimmung in der Stadt Chur: Rentenreduktionen für das städtische Personal werden mit fairen Massnahmen abgefedert. Das Resultat zeigt laut VPOD, wie wichtig eine transparente Aufklärung ist, so wie sie die Vorsorgekommission, der Churer Stadtrat und die Personalorganisationen sie im Vorfeld der Abstimmung betrieben haben. | *slt*

Mit dem VPOD Krankenkassenprämien sparen

Dank dem Kollektivvertrag mit der Helsana-Gruppe profitieren VPOD - Mitglieder und ihre im gleichen Haushalt lebenden Familienangehörigen (Ehepartner/innen, Lebensgefährt/innen, Kinder sowie Eltern) von attraktiven Vergünstigungen und Vorteilen:

Kollektivvertrag für die Marken Helsana, Progrès, sansan und avanex

15% Rabatt auf den meisten Zusatzversicherungen dieser Marken

Partnerschaft mit dem führenden Schweizer Krankenversicherer

Versicherte, welche bereits über eine dieser Marken der Helsana-Gruppe versichert sind, können die bisherige Krankenversicherung neu im Kollektivvertrag mit der gleichen Deckung weiterführen.

Einzige Änderung neben der tieferen Prämie: Der VPOD ist für das Prämieninkasso zuständig. Versicherten ausserhalb der Helsana-Gruppe vermitteln wir gerne eine Beratung und/oder Offerte.

Kontakt und weitere Informationen:
nicolas.wildi@vpod-ssp.ch
Telefon 044 266 52 65
Zentralsekretariat VPOD
Postfach 8279
8036 Zürich

vpod ssp

Helsana

VPOD-Tagung zum Thema «Dumping» – Bestandesaufnahme und Strategiediskussion

Gemeinsam stark

Der Druck auf die Löhne ist im Tessin besonders heftig. Die Anregung zur VPOD-Anti-Dumping-Tagung kam denn auch von dort. Der Anlass zeigte: Die Personenfreizügigkeit ist nicht an allem schuld. Und rechtspopulistische Rezepturen helfen nicht. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: tostphoto/fotolia)*

Pfeil nach unten: An der Schweizer Südgrenze haben sich teilweise mafiöse Strukturen etabliert.

«Dumping?» fragte die VPOD-Tagung – just einen Tag nach der Vorstellung einer möglichen Umsetzung der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative der SVP durch die Nationalratskommission, gut zwei Monate nach dem Brexit und zweieinhalb Jahre nach dem verhängnisvollen 9. Februar 2014. Damals hat das Schweizer Stimmvolk mit knappem Mehr Quoten für die Migration in die Verfassung geschrieben. Jetzt soll ein «Inländervorrang light» den gordischen Knoten lösen. Aus Sicht der meisten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist das neue Paket zwar eher goutierbar als eine buchstabengetreue Initiativumsetzung – aber das eigentliche Problem erfasst es nicht.

Mafiöse Strukturen

Dieses stellt sich am dramatischsten im Kanton Tessin, wie SP-Nationalrätin Marina Carobbio übereinstimmend mit den Vertretern des VPOD Ticino und des Tessiner Gewerkschaftsbundes (Raoul Ghisletta und Graziano Pestoni) darlegte. Unter dem Druck von fast 10 Millionen Arbeitskräften aus der Lombardei hat sich an der Schweizer Südgrenze ein Unterbietungswettbewerb mit teilweise mafiösen Strukturen etabliert. Was davon an Widerwärtigem bekannt wird, dürfte nur die Spitze eines Eisbergs darstellen.

GAV bannt Dumping

Es wurde an der Tagung jedoch auch klar, dass die Personenfreizügigkeit keineswegs allein am Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen schuld ist – Zentralsekretärin Beatriz Rosende und Generalsekretär Stefan Giger belegten das mit Beispielen aus dem VPOD-Organisationsgebiet (siehe auch Seite 16). Im öffentlichen Nahverkehr konnte die von Ausschreibungen ausgehende Gefahr weitgehend gebannt werden: durch überregionale Branchen-GAV. Im Gesundheitswesen, wo die Zulassung von Privatspitälern auf Spitallisten einen brutalen Wettbewerb entfacht hat, steuert immerhin noch der Fachkräftemangel entgegen. Die Niederlage am Neuenburger Spital «La Providence» verhinderte er nicht.

Eine von der Tagung einstimmig verabschiedete Resolution zeigt, in welche Richtung die Reise gehen muss: Die Respektierung der Orts- und Branchenüblichkeit gehört in die Bundesverfassung; das Obligationenrecht muss gute Branchen-GAV fördern und den Schutz für Arbeitnehmervertretungen ausbauen. Für die Arbeit auf Abruf braucht es ebenfalls konkrete Massnahmen – etwa eine zwingende Entschädigung der Wartezeit.

Der Pass spielt keine Rolle

Die Personenfreizügigkeit sieht der VPOD bei alledem weiterhin als eine Errungenschaft an. Die Arbeiterbewegung habe nie nach dem Pass gefragt, hiess es namentlich von Seiten der VPOD-Migrationskommission. Und das soll so bleiben. Stefan Giger erinnerte an das Saisonnierstatut: Solche recht- und würdelose Zustände entstehen, wenn die Wirtschaft sich die benötigten Arbeitskräfte im Rahmen einer Kontingentwirtschaft «organisiert». Gegen Dumping, so sagten es mehrere Rednerinnen und Redner, lasse sich nicht gespalten, sondern nur vereint ankämpfen. Erstens aus Prinzip. Und zweitens, weil man zu schwach sei, als dass man mit halben Kräften etwas zu bewegen vermöchte.

Interview mit Vasco Pedrina, der bis 2014 Vertreter des SGB im EGB-Vorstand war

«Nationalismus führt am Ende der Fahnen

Dumpinghammer statt Friedenstaube? Viele sehen Europa heute vor allem als Bedrohung. Die EU scheint im freien (Auseinander-)Fall: Eurokrise, Brexit, Flüchtlinge … Welche Strategie hilft den Gewerkschaften in dieser Lage? Das *VPOD-Magazin* sprach mit Vasco Pedrina. | **Interview und Porträtfoto:** *Christoph Schlatter (andere Fotos: siehe Seite 15)*

***VPOD-Magazin:* Vasco Pedrina, du hast den SGB lange im EGB vertreten und kennst die Situation in den anderen Gewerkschaften und in den anderen Ländern. Kommt im Brexit eine ähnliche Europa-Skepsis zum Ausdruck wie im Ja des Schweizer Stimmvolks zur sogenannten Masseneinwanderungsinitiative?**

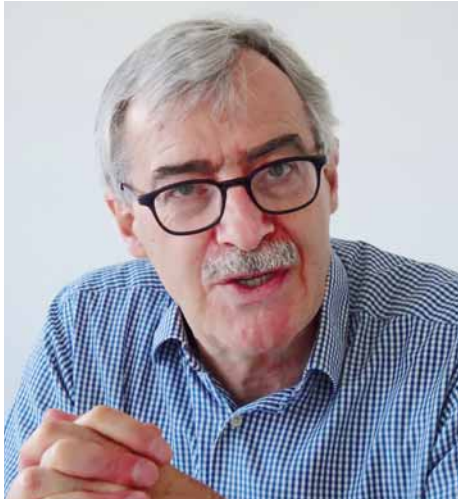
Vasco Pedrina: Es gibt Ähnlichkeiten, aber es gibt auch deutliche Unterschiede. Bei beiden Urnengängen hat die Migrationsthematik eine zentrale Rolle gespielt. Aber die Schweizer Gewerkschaften hatten und haben einiges vorzuweisen, was sie bezüglich Begleitmassnahmen zur Personenfreizügigkeit erreicht haben. In Grossbritannien fehlt ein solcher Schutz gänzlich. Der zweite Unterschied: Der Brexit ist auch das Produkt einer Frustration durch jahrzehntelange krass neoliberale Politik, wie sie von Thatcher über Blair bis zu Cameron durchgepeitscht wurde. Das hat zu starker Ungleichheit geführt, zur Deindustrialisierung ganzer Landstriche, zur Verarmung von Hunderttausenden. Gewiss gab es auch in der Schweiz neoliberale Politik. Aber sie hat – auch dank dem Korrektiv der direkten Demokratie – nicht derart extreme Formen angenommen.

In dieses Kapitel gehört auch, dass England bei der EU-Osterweiterung und beim Abbau aller sozialen Regeln zu den treibenden Kräften gehörte.

In der Tat. Tony Blair wollte die Osterweiterung à tout prix und ohne Vertiefung der Integration. Er war für Liberalisierung ohne jegliche Einschränkung. Dass das alles viel zu schnell und ohne die notwendigen Begleitmassnahmen über die Bühne ging, daran trägt England eine grosse Mitschuld. Der Brexit ist eine Art Retourkutsche für diese Politik. Allerdings eine teure Retourkutsche.

Wie du in einem Kommentar nach dem Brexit festgehalten hast, sind auch die britischen Gewerkschaften mitverantwortlich für das heutige Schlamassel.

Wir haben in der Schweiz die Erfahrung ja schon 1992 gemacht. Das Nein zum EWR



Vasco Pedrina.

– das müssen wir als Gewerkschaften selbstkritisch festhalten – wäre wohl zu verhindern gewesen. Wir hätten die paar Tausend Stimmen, die damals gefehlt haben, wahrscheinlich geholt, wenn wir rechtzeitig Begleitmassnahmen zum Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen gefordert und durchgesetzt hätten. Immerhin: Auch die Arbeitgeber und die vernünftigen Bürgerlichen haben die Lektion verstanden. Und so gelang es dann, die Bilateralen I mit Schutzmechanismen gegen Lohndumping zu umkleiden. Aufgrund dieser Erfahrung wollte der SGB den EGB auf den gleichen Weg bringen. Zuerst sollte das Prinzip «gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» im EGB verankert und dann mit einer europaweiten Kampagne umgesetzt werden. Dem erwuchs heftiger Widerstand. Der britische und die osteuropäischen Gewerkschaftsverbände stellten sich quer.

Sie waren dagegen, dass in Deutschland deutsche – und nicht bulgarische – Löhne bezahlt werden? Ich kann mir nur schwer vorstellen, wie man aus gewerkschaftlicher Perspektive gegen den Grundsatz argumentiert, dass der Lohn der Arbeit zum Leben vor Ort reichen muss.

Die Argumentation der Osteuropäer lautete: Dank tieferen Löhnen haben unsere Firmen die Chance, Aufträge im Ausland zu gewinnen und so für uns Arbeitsplätze zu schaffen. Die Briten, auch ihr Gewerkschaftsdachverband TUC (Trade Union Congress), standen damals noch stark unter dem Einfluss von Blair und glaubten, dass der freie Markt Stellen schafft und so ohnehin alles zum Guten wendet.

Ist man inzwischen wenigstens beim EGB zur Vernunft gekommen?

Es gab einen Meinungsumschwung – just zu der Zeit, als sich in Grossbritannien das rechtspopulistische Lager in der UKIP zu formieren begann. In den eigenen Reihen wuchs die Unruhe. Nationalistische Stimmen wurden lauter. Lohndumping war mit der starken Zuwanderung aus Osteuropa in England zu einem grossen Problem geworden. 2009 kam es in der Raffinerie Lindsey, wo viele portugiesische und italienische Leiharbeiter zu Tieflöhnen beschäftigt waren, zu einem wilden Streik englischer Arbeiter. Ihre bedenkliche Forderung lautete «British jobs for british workers». Und zwei Monate nach diesem Ereignis gelang es endlich, das Prinzip der gleichen Löhne innerhalb des EGB zu verankern. Auch in den Ländern des Ostens wurde die Lage neu beurteilt. Die polnischen Gewerkschaften sahen sich neuerdings im Inland konfrontiert mit Lohndumping durch chinesische Firmen. Die beschäftigten auf den Stadionbaustellen für die Fussball-Euro, die 2012 bekanntlich in Polen und der Ukraine ausgetragen wurde, chinesische Arbeiter zu chinesischen Löhnen …

… so dass man in Polen erstmals die andere Seite sah: jene des relativen Hochlohnlandes, dessen «teure» Arbeitskräfte von billigeren aus dem Ausland verdrängt werden.

Richtig. Viele haben damals verstanden, dass Regeln nötig sind, weil der Konkurrenzdruck uns sonst alle nach unten zieht und kaputtmacht. Mit dem Plan für eine Europäische Bürgerinitiative drang die Schweizer Delegation im EGB trotzdem nicht durch. Direktdemokratisch erfahren, wie wir es sind, wollten

nstange zu Krieg»

wir das neue Instrument sogleich anwenden, um einerseits in den Lissabon-Verträgen – also der EU-Verfassung – einen Vorrang der sozialen vor den wirtschaftlichen Rechten festzulegen. Und um zweitens auf der Ebene der Gesetzgebung eine Neuformulierung der Entsende-Richtlinie zu erreichen. Auf diese Weise wollten wir die Schweizer «Flankierenden» quasi auf ganz Europa ausdehnen.

Es gab keine solche Bürgerinitiative.

Auf dem EGB-Kongress 2011 in Athen fand unser Antrag keine Mehrheit. Und wieder gehörten die britischen Gewerkschaften zu jenen Kräften, die eine derartige Kampagne nicht wollten. Im Rückblick kann man ziemlich genau feststellen, wer damals Recht hatte und wer nicht. Hätten wir auf europäischer Ebene eine solche Kampagne geführt, wären wir heute wahrscheinlich in einer anderen Situation. Auch punkto Brexit.

Mir scheint es wichtig, den fundamentalen Unterschied zwischen den zwei Forderungen hervorzuheben. Der nationalistischen «British jobs for british workers». Und der proletarischen «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort».

Und doch haben Parolen wie die erste zunehmend an Boden gewonnen – auch unter unseren Mitgliedern. Ich erachte es als äusserst gefährlich, wenn die Lohnabhängigen anfangen, in nationalen Kategorien zu denken. Wenn sie zu glauben beginnen, sie vermöchten sich mit Nationalismus und Abgrenzung zu schützen. Auch in Deutschland geschieht das, wo viele ehemalige Linkswähler zur AfD überlaufen.

Bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern hat die AfD vor allem entlang der polnischen Grenze gewonnen ...

Angesichts des realexistierenden Unterbietungswettbewerbs denken viele, dass sie mit Abschottung besser fahren würden als mit der Öffnung der Märkte. So war die Stimmung auch in Grossbritannien bei jenen, die von links für den Austritt stimmten. Es wird sich schon bald erweisen, dass das Gegenteil wahr ist, fürchte ich. Man wird einen hohen Preis bezahlen müssen. Die Abschottung und auch die Unsicherheit schaden der Wirtschaft. Und die Unternehmen werden mit der Begründung, dass sie wegen dem Brexit in einer schwierigen Situation sind, noch mehr Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen machen.

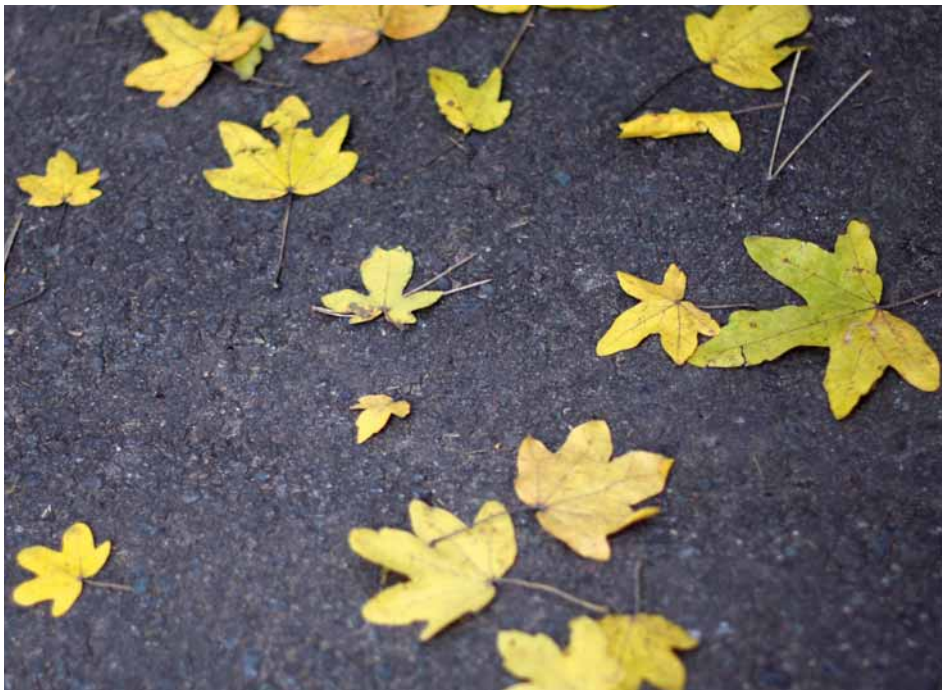
England ist aber nicht die Schweiz. Es kann mit etwas mehr Recht als die Schweiz behaupten, dass es eine Insel ist ... Und es ist ökonomisch viel potenter ...

Die Schweiz hat nach dem Nein zum EWR ein Jahrzehnt gebraucht für eine Lösung mit der EU. England sei eine riesige Wirtschaftsmacht und könne viel stärker auftreten, heisst es. Doch so immens ist der Unterschied gar nicht: Bei der Ein- und Ausfuhr von Gütern erreicht das Königreich gerade etwa das Anderthalbfache der Schweiz. Zählt man die Finanzdienstleistungen dazu, kommt man auf ein Verhältnis von 2 zu 1. Insofern ist Grossbritanniens Verhandlungsposition nicht x-fach stärker als die der Schweiz. Wer von den Vorteilen des Binnenmarktes profitieren will, ohne Mitglied zu sein, wird zur Kasse gebeten werden, so oder so.

Das sind keine sehr rosigen Perspektiven, auch für die Schweiz nicht. Was ist zu tun?

Ja, es ist sicher so, dass der Druck durch Migration in den nächsten 10 oder 15 Jahren fortbestehen wird. Aus linker und gewerkschaftlicher Sicht gibt es meines Erachtens nur zwei positive Antworten auf die Zuwanderung. Die eine: ein genügend starkes Dispositiv zum Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen bereitstellen. Und die andere: den sozialen Ausgleich verbessern. In der EU, aber auch in der Schweiz muss man darauf hinarbeiten, dass sich die Schere bei Einkommen und Vermögen wieder schliesst. Auf diese Weise muss die soziale Frage wieder ins Zentrum gerückt werden – anstelle der nationalen. Denn Nationalismus führt am Ende der Fahnenstange nicht zur Lösung von Problemen. Sondern zu Krieg.

Nun war ja just die EU ursprünglich auch ein Versuch, Krieg dauerhaft zu verhindern, ein Friedensplan, der den Nationalismus, der Europa zweimal verwüstet hatte, zurückdrängen sollte. Heute wird die EU ganz anders wahrgenommen: als kapitalistisches Projekt, das bloss den Unternehmen und den Reichen Profite ermöglicht und Unterschiede im Lohnniveau gnadenlos zulasten der Beschäftigten ausnutzt. Und als undemokratischer und bürokratischer



Moloch, der Glühbirnen verbietet und Duschköpfe normiert – und dafür in der Flüchtlingsfrage vollständig versagt.
Angesichts einer extremen Spar- und Deregulierungspolitik, die am Ende Massenarbeitslosigkeit produziert statt Wachstum, angesichts bürokratischen Funktionierens, angesichts fehlender demokratischer Legitimation, angesichts des Versagens der Solidarität mit den Flüchtlingen ist die Versuchung fast unwiderstehlich, den Ausweg im Rückzug zu suchen. Auch unter den deutschen Linken gibt es nicht wenige, die glauben, der Sozialstaat könne nur noch innerhalb des Nationalstaats verteidigt werden. Aber ich halte das nach wie vor nicht für zielführend. Wir stecken nun mal drin in dieser Globalisierung. Und wir dürfen nicht dabei helfen, das Rad zurückzudrehen. Sonst überlassen wir die Gestaltungsmacht der Gegenseite, den Rechten und den Ultrarechten. Als Gewerkschaften haben wir keine andere Chance: Wir müssen uns zusammen mit allen progressiven Kräften für eine Änderung der Spielregeln auf der supranationalen Ebene einsetzen. Für eine andere, eine demokratischere EU. Für eine Revision des Euro. Für Reformen in der Fiskalpolitik, die Transferleistungen erlauben. Für eine europäische Arbeitslosenversicherung. Es gibt durchaus Kräfte, die – wie ein Teil der Gewerkschaften – diese Perspektive verfolgen, etwa der ehemalige griechische Wirtschaftsminister Varoufakis mit seiner Bewegung.

Den Euro hast du eben angesprochen. Die Gemeinschaftswährung zementiert Ungleichheit. Und es führt, wie das Scheitern von Tsipras in Griechenland zeigt, offenbar kein Weg aus der Sackgasse.
Dass der Euro eine Fehlkonstruktion ist, lässt sich nicht mehr bestreiten. Man hatte gehofft, dass mit der Einheitswährung der Rest von selber eintrete: eine gemeinsame Fiskal- und Wirtschafts- und Sozialpolitik, eine Annäherung, ein Zusammenwachsen. Das genaue Gegenteil ist passiert. Die Kluft zwischen den Ländern wird immer tiefer. Es braucht also auch zu dieser Frage neue Ansätze – und es gibt sie ja auch. Möglicherweise wird man zu einem Europa der zwei oder drei Geschwindigkeiten kommen. Aber man muss es so konstruieren, dass die zerstörerischen Mechanismen, die heute am Werk sind, beherrscht und ausgeschaltet werden. Sonst droht eine Explosion, die das ganze Projekt Europa zum Einsturz bringt.

Leider hat die dritte Gewalt, die Justiz, nicht nur keine Korrekturen angebracht. Sondern im Gegenteil. Der Europäische Gerichtshof entscheidet konsequent pro wirtschaftliche Freiheit und contra soziale Rechte. Für die Starken und gegen die Schwachen.
In einem sehr kurzen Zeitraum – zwischen Dezember 2007 und Juni 2008 – ergingen vier Urteile, von denen jedes einzelne – «Viking», «Laval», «Rüffert» und «Luxemburg» – die Rechte der Arbeitnehmenden schwächte. Und das war eine gewaltige Zäsur, weil der Europäische Gerichtshof bis dahin als soziales Gewissen der EU gegolten hatte. In den Jahrzehnten zuvor erliess er viele Urteile zugunsten der Arbeitnehmenden. Der Hauptgrund für den Kurswechsel war die Osterweiterung. Zehn zusätzliche Richter – lauter neoliberale Rechte – brachten die Mehrheiten zum Kippen. Zuvor ging die Rechtsprechung dahin, dass die sozialen Rechte gleichrangig mit den wirtschaftlichen Rechten sind. Die Urteilsserie von 2007/2008 stellte die Wirtschaftsfreiheit über alles.

Aus Schweizer Sicht ist das «Luxemburg»-Urteil besonders bedrohlich.
Darin ging es um Schutzmassnahmen des Staates Luxemburg gegen Dumping, die vom Gerichtshof als nicht rechtens bezeichnet wurden. Und zwar just um solche Massnahmen, wie wir sie auch in der Schweiz kennen. Massnahmen, die sogar das Vorbild für unsere «Flankierenden» waren. Wir waren ja damals, im Hinblick auf die Verhandlungen zu den Bilateralen I, auf der Suche nach «Best practices» gegen Dumping. Und haben

sozusagen bei Luxemburg «abgeschrieben». Hier liegt auch die grosse Gefahr, die aus gewerkschaftlicher Sicht bei einem institutionellen Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU droht. Dann zerschlägt der Europäische Gerichtshof womöglich einen Teil unserer «Flankierenden». Insofern sind wir froh, wenn die Verknüpfung der Personenfreizügigkeit mit den institutionellen Fragen einstweilen gelöst wird.

In der Hoffnung, dass in einigen Jahren, wenn die Frage wieder auf den Verhandlungstisch kommt, sich auch andere Umstände geändert haben werden ...

Lass uns zum Schluss einen Blick in die Vergangenheit werfen, in die Zeit, als noch das Saisonnierstatut galt und die Arbeiterschaft – bei der Schwarzenbach- und der «Mitenand»-Initiative – tief spaltete.

Ich habe mir 1988 als neuer Migrationssekretär der damaligen Gewerkschaft Bau und Holz überlegt, wie wir die Abschaffung des Saisonnierstatuts wieder auf die politische Agenda kriegen – nach der krachenden Niederlage bei der «Mitenand»-Initiative 1981. Fast zwei Drittel unserer Mitglieder waren Saisonniers. Die unwürdigen Umstände, unter denen sie in der Schweiz arbeiteten, mussten beseitigt werden. Ich kam zum Schluss, dass man nicht wie bisher die menschenrechtlichen Aspekte allein thematisieren sollte – so schlimm die Zustände auch waren mit all den Baracken und auseinandergerissenen Familien und versteckten Kindern. Wir haben also zugleich in den Fokus gerückt, dass die miesen Löhne für die Saisonniers das gesamte Lohngefüge nach unten reissen, auch für die Eingesessenen. Übrigens mit negativen Folgen für die Produktivität ganzer Branchen: Bau, Landwirtschaft, Gastgewerbe ... Die spätere Entwicklung etwa in der Bauwirtschaft gab uns Recht. Seit das Saisonnierstatut weg ist, haben die Löhne auf dem Bau im Vergleich zu anderen Branchen deutlich angezogen. Die Abschaffung der Kontingentierung hat bessere Bedingungen gebracht! Der zweite Punkt ist: Wenn Bedarf an Arbeitskräften herrscht, wissen die Unternehmen sich diese zu beschaffen, Kontingente hin oder her! Wenn es legal nicht geht, dann eben illegal. Und Schwarzarbeit bedeutet: noch weniger Schutz, noch weniger soziale Absicherung.

Und noch mehr Druck auf die Löhne.

Zu glauben, dass wir mit Abschottung besser leben, ist ein Trugschluss. Der Blick zurück zeigt – entgegen den Behauptungen von Blocher und Konsorten –, dass die Zeit vor der Personenfreizügigkeit keineswegs ein goldenes Zeitalter war. Die einzige positive Zukunftsperspektive ist daher eine Freizügigkeit, die sozial stark begleitet und abgefedert ist. Nur so profitieren beide Seiten: die Migrantinnen und Migranten von gleichen Rechten und die Einheimischen von guten Löhnen ohne Druck nach unten und ohne Abstiegsängste.

Mit der Wiedereinführung einer Kontingentierung würde sozusagen auch dein eigenes Lebenswerk zerstört.

Ich lese in der Zeitung von Nationalräten nicht nur aus der SVP, sondern auch aus BDP und CVP, dass sie ein neues Saisonnierstatut wollen. Das wäre ein gewaltiger Schritt zurück um 30 Jahre!

Vasco Pedrina war GBH-Sekretär, GBI-Präsident und bis 2006 Unia-Co-Präsident. An der Abschaffung des Saisonnierstatuts war er massgeblich beteiligt. Zusammen mit Christiane Brunner stand er von 1994 bis 1998 auch an der Spitze des SGB. Bis 2014 vertrat er den SGB im Vorstand des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB; andere internationale Mandate – im Konsultativkomitee der Efta und beim Global Labour Institute – übt er weiterhin aus.

Vom Winde verweht? Gute Nacht Europa? (Sternenfotos: Francesca Schellhaas, gb-photodesign.de, Helgi, jock+scott, koco, marshi, rolleyes, suze [2]/alle photocase.de)

Dumping in den VPOD-Branchen: Unterschiedliche Ursachen, unterschiedliche Antworten

Die Gegenwehr kann gelingen

Im VPOD-Organisationsgebiet zeigt sich Lohndumping vielgestaltig. Ebenso verschieden sind die Rezepte des VPOD, wie die Beispiele Nahverkehr und Gesundheitswesen zeigen. | **Text:** *VPOD (Foto: Christoph Schlatter)*

Öffentliches Geld für private Profiteure: Der Kampf um «La Providence».

Die Finanzierung mittels Fallkostenpauschalen und die Öffnung der Spitallisten für Privatkliniken haben im Gesundheitswesen einen Wettbewerb erzeugt, den das Personal bislang nur unzureichend kontern konnte. Beispielhaft ist der Konflikt ums Neuenburger Spital «La Providence» im Winter 2012/2013, bei dem die «Waffen» der Beschäftigten, selbst der Streik, sich als stumpf erwiesen. Dabei erschien die Situation im Kanton Neuenburg vergleichsweise günstig: Für die Aufnahme auf die Spitalliste war die Einhaltung des GAV «Santé 21» Bedingung. Aber gerade in dieser Konstellation erlebte der VPOD eine seiner grössten Niederlagen der letzten Jahre.

Ein Käufer stellt Bedingungen

Das Spital «La Providence», 350 Beschäftigte, spezialisiert auf Orthopädie, Nieren- und Augenheilkunde, figurierte als privatrechtliche Anstalt auf der Spitalliste. Im Juni 2012 kündigte es den GAV per Ende Jahr. Hintergrund: Ein Käufer für die Klinik hatte sich gefunden, aber der stellte Bedingungen. Die Genolier-Gruppe wollte Gewinn schreiben und daher weder einen GAV noch Gewerkschaften im Haus haben. Die Gewerkschaften – VPOD und Syna – wehrten sich; an einem Warnstreik beteiligte sich fast die halbe Belegschaft. Zwei Monate später, nach Ende des von der Schlichtungsstelle verfügten Streikverbots, traten dann nur 30 Leute in den Streik – zu wenig für eine schmerzhafte «Betriebsstörung».

Länger arbeiten, weniger Zuschlag

Auch auf Seiten der Politik gelang es nicht, der Vorschrift zur GAV-Pflicht Nachachtung zu verschaffen. Skandalös: Die Regierung toleriert, dass sich ein Privatspital nicht an die Abmachungen hält. Sondern Dumping betreibt: Die Wochenarbeitszeit wurde von Genolier prompt von 40 auf 42 Stunden erhöht, Sonntagszuschlag und Pikett-Entschädigung dagegen mehr als halbiert. Die Stunden von 20 bis 23 Uhr und von 6 bis 7 Uhr gehören in Neuenburg nun nicht mehr zur Nacht, die überdies schlechter entschädigt wird als zuvor.

Im öffentlichen Nahverkehr gab es in den späten 1990er Jahren ebenfalls einen starken Drall in Richtung Privatisierung. «Ausschreibung» lautete das Kampf- und Zauberwort der Rechten. Doch ist es den Gewerkschaften in dieser – kleinen – Branche gelungen, Regulierungen durchzusetzen. Unter anderem, indem eine frisch (vom VPOD mit-) gegründete Gewerkschaftliche Verkehrsbetriebe AG eigene Offerten einreichte. Als Mitbewerber gewann man Einblick in die Mechanik des Verfahrens. Und da zeigte sich: Auch wenn in der Ausschreibung ein Mindestlohn verlangt wird, sind die bisherigen Betreiber ohne Chance gegen Billiganbieter. Diese können mit lauter jungen, neuen, gesunden Leuten rechnen.

Gute Organisation hilft

Bei den VBZ drohte 1999 eine Arbeitszeitverlängerung von 30 Minuten – pro Tag. Hier half der vergleichsweise hohe Organisationsgrad. Eine Gewerkschaftsversammlung entschied mit 471 zu 1 Stimmen für Streik. In letzter Sekunde lenkte die Stadt Zürich ein. Aus diesen Erfahrungen hat der VPOD gelernt. Nämlich: Mindestlöhne sind in Ausschreibungsverfahren nutzlos; es müssen Durchschnittslöhne verlangt werden. Und wie setzt man so etwas schlau um? Mit Branchen-GAV. Darin muss auch die Arbeitszeit fixiert werden. Die Pflicht zur Übernahme des bisherigen Personals zu bisherigen Konditionen gehört ebenfalls hinein.

Auf diese Weise gelang es namentlich in Bern und der Westschweiz sowie in der Ostschweiz, einen soliden Wall gegen Dumping zu bauen – übrigens auch gegen Umweltdumping. An vielen anderen Orten werden Nahverkehrslinien gar nicht erst ausgeschrieben. Wo es doch geschieht, dreht sich der Wettbewerb in der Regel tatsächlich um Qualität und Effizienz. Mit dem Resultat, dass es eher die grossen – und oft die bisherigen – Betreiber sind, die den Zuschlag erhalten. Sie können dank Skaleneffekten günstiger wirtschaften. Gleichzeitig ist so ausgeschlossen, dass der Wettbewerb bei Löhnen oder Arbeitszeiten ausgetragen wird – und damit auf dem Buckel des Personals.

Burger geht

Eine prominente Figur der Gewerkschaft Unia muss wegen sexueller Belästigung gehen: Der «Fall Roman Burger» kam in Etappen an die Öffentlichkeit. Ein erstes Communiqué der Unia besagte, der Leiter der Unia-Region Zürich/Schaffhausen trete von seinem Posten zurück wegen SMS-Nachrichten, «die von einer Mitarbeiterin als sexuelle Belästigung empfunden» worden seien. Nach einem *WOZ*-Artikel musste die Unia korrigieren: Es war falsch, den Frauen eine Mitschuld zu unterstellen; eine externe Untersuchung hatte ein klares Fehlverhalten Burgers konstatiert. Dieser wurde freigestellt, die Mutmassung, er werde eine andere Aufgabe bei der Unia übernehmen, damit beendet.

Der VPOD bedauert die Vorfälle bei seiner Schwestergewerkschaft sehr; er selber hatte das Thema sexuelle Belästigung schon früh auf dem Schirm und hat es in seine Reglemente einfliessen lassen. Dass einige Medien die «Gunst» der Stunde für billige Gewerkschaftsschelte nutzen, ist verständlich. Wirklich diskutiert gehört jetzt aber die Frage, welche Strukturen sexuelle Belästigung begünstigen und welche Elemente vorbeugend wirken. In diesem Zusammenhang kam vorliegend auch das «Organizing»-Konzept unter Beschuss. Dieses soll mit einer Art Multiplikationseffekt Belegschaften befähigen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen. Der VPOD hält den Ansatz nach wie vor für fruchtbar, sofern er in emanzipatorischem Sinn umgesetzt wird. Dann kann Organizing Mitarbeitende in die Lage versetzen, gemeinsam gegen Ungerechtigkeit vorzugehen. Wo hingegen in unzulässiger Weise Privates und Berufliches vermengt werden, können sich sektenartige Mechanismen einnisten, die kein solidarisches Miteinander, sondern eine Spaltung in Zugehörige und Aussenstehende bewirken.

Die Gewerkschaft geführt wie ein Königreich? Roman Burger muss die Unia verlassen.

Der VPOD ist zuversichtlich, dass die Unia aus den Ereignissen die notwendigen Massnahmen abzuleiten weiss, wobei auch der Personalkommission eine zentrale Rolle zukommt. Das, was eine Organisation im Innern tut, muss im Kern übereinstimmen mit ihrer Politik gegen aussen. Die zunehmende Vermischung von Job und Freizeit fordert Gewerkschaften genau wie alle anderen Unternehmen: Sie müssen auf möglichst klaren Grenzen bestehen, zur eigenen Entlastung, aber auch zugunsten ihrer Beschäftigten. | *vpod (Foto: Alessandro Della Bella/Keystone)*

Susi Stühlinger Give-away

Samstagmorgen, und im Städtli ist kein Durchkommen. Zahlreiche Partyzelte, Wurststände und Festbänke versperren den Weg. Und natürlich das unabdingbare Piaggio-Mobil. Auf dem dreirädrigen Gefährt prangen die Lettern «Stabilität und Sicherheit». Es ist wieder Wahlkampf. Wenn man sich so umsieht, könnte man denken, die Demokratie sei eine einzige Festhütte, eine herbstliche Gewerbeschau, eine Chilbi mit Gratismüsterli und Kafi und Gipfeli und Luftballons, wobei so ein Luftballon sicher das cleverste aller Wahlwerbungs-Give-aways ist, denn erklären Sie mal einem Dreijährigen, weshalb er jetzt gerade diesen Ballon nicht haben darf, nur weil man nicht will, dass sein eigen Fleisch und Blut Werbung für jene Partei macht, die sich Homosexuelle in die Hölle und Frauen an den Herd wünscht, während der Mann auswärts fröhlich uneheliche Kinder zeugt – der Dreijährige wird dafür wenig Verständnis zeigen und seinerseits Sie in die Hölle wünschen, wenn Sie ihm den Luftballon verweigern.

Drum besser: gar nicht erst ins Städtli. Oder wenn, dann zumindest die Strasse meiden und schnurstracks zum Frühschoppen in die nächste Beiz, so wie Koni. Ich treffe ihn bei einem grossen Panaché in der örtlichen Bierhalle. Er nestelt irgendetwas unter dem Tisch herum, was genau, erkenne ich nicht. Was er hier denn mache, frage ich, dem Wahlkampftrubel da draussen entfliehen? Nein, nein, er beschäftige sich hier drin durchaus mit den Wahlen, sagt Koni und deutet auf sein Glas: Ich panaschiere! Ich lache der Höflichkeit halber ein bisschen und ordere das gleiche, auf dass auch das Kumulieren und sämtliche Kalauer erledigt wären, als auch schon Doris hereinmarschiert.

Sie hat sich einmal durchs Gewühl gepflügt und breitet nun ihre Ausbeute vor uns auf dem Tisch aus. Zahllose Wahlwerbegeschenke, die meisten aus viel Plastik, auch von Parteien, von denen man diesbezüglich etwas mehr Sensibilität erwartet hätte. Jetzt werde sie, verkündet Doris, anhand der ihr dargebrachten Gaben entscheiden, welche Partei aus dem bunten Reigen ihre Gunst beziehungsweise ihre Stimme erhalten werde, einen Unterschied mache es ja ohnehin nicht und irgendwie lasse sich ja vom Präsent schon auf die eine oder andere Charaktereigenschaft schliessen.

Susi Stühlinger ist Autorin, Schaffhauser Kantonsrätin und Jusstudentin.

Konventionelles überwiegt deutlich: Pfefferminzdragées, Kugelschreiber, Jasskarten, Taschentücher und Mini-Kuchen; eine Jungpartei aus dem rechten Spektrum verteilt indes Präservative mit dem Aufdruck «Damit du bei den Steuern keine bösen Überraschungen erlebst». Der Mann, der die Pfefferminzdragées verteilte, hat ganz fürchterlich aus dem Mund gestunken, meint Doris.

Koni, der bei solchen Themen doch allzu gerne aufbraust, ist überraschend still, den Blick auf seinen Schoss gerichtet. Dort liegt ein beachtlicher Haufen Wahlwerbekondome der bürgerlichen Jungpartei, die Koni, eins nach dem anderen, fein säuberlich mit einer feinen Stecknadel durchlöchert. Für die Demografie, sagt Koni, und damit sich endlich mal offenbart, dass die ihre Versprechen nie halten.

Spital in Wien (1784).

Österreich: Irres Pflegegesetz

Beim österreichischen Pflegepersonal brodelt es. Grund ist das neue Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, das gravierende Änderungen vorsieht. Besonders skeptisch ist die Gewerkschaft Younion gegenüber der Schaffung einer neuen Berufsgruppe in der Pflege. «Die Idee einer kürzeren Ausbildung bei gleichzeitig erweitertem Tätigkeitsprofil für die Pflegefachassistenz ist ein Irrweg», sagt Christa Hörmann, Younion-Bundesfrauenvorsitzende. Kritisch sieht man bei Younion auch die Akademisierungsprogramme, die dem bisherigen diplomierten Personal verordnet werden. Diese Zusatzausbildungen müssen kürzer und billiger sein. «Zwei Jahre Uni, Semesterkosten von 2000 Euro und mehr, damit ich dann eine akademisierte Pflegeperson bin – obwohl ich bereits viele Jahre als diplomierte Fachkraft tätig war?» Für die Gewerkschaft stehen solche Pläne in keinem Verhältnis zur beruflichen Realität. | *younion (Bild: Stich von 1784)*

Indien: Riesen-Streik

Der möglicherweise grösste Streik der Weltgeschichte hat Anfang September in Indien stattgefunden: Zwischen 150 und 180 Millionen Beschäftigte wandten sich damit gegen die Wirtschaftspolitik von Premierminister Narendra Modi. Dieser hat seit 2014 umfangreiche Privatisierungen mit einer Sparpolitik und unternehmerfreundlichen Reformen kombiniert. Zahllose Missstände im Service public sind die Folge; so wartet das Gesundheitspersonal in einigen Bundesstaaten schon seit Monaten auf den Lohn. Der von 10 Gewerkschaften unterstützte Streik forderte die Erhöhung des Mindestlohns, die Einführung einer Mindestrente und ein sofortiges Ende der Privatisierungspolitik. Am Streik war vor allem der öffentliche Dienst beteiligt; ferner streikten Beschäftigte aus der Banken-, der Bau- und der Bergbaubranche. Gemäss Medienberichten war die Streikbereitschaft regional unterschiedlich und in den Metropolen wie Delhi und Mumbai weniger ausgeprägt als im Süden und Osten des Landes. | *slt*

Wirtschaftslektion Warum Kontingente nicht helfen

Vor der Einführung der Personenfreizügigkeit mit den EU/EFTA-Staaten basierte die Schweizer Migrationspolitik auf einem fremdenpolizeilichen System mit Kontingenten und einer Einzelfallprüfung des Inländervorrangs. Vor allem von nationalkonservativer Seite wird dieses frühere Kontingentsystem heute völlig verklärt.

Die gewerkschaftliche Realität war eine ganz andere. Es gab viele prekäre Anstellungsbedingungen. Am schlimmsten war das Saisonnierstatut mit seinen unwürdigen Zuständen. Zahlreiche Firmen haben ihr Personal schwarz angestellt, um die Kontingente und die Inländerprüfung zu umgehen. Die Firmen wurden kaum kontrolliert. Lohndruck, überlange Arbeitszeiten, schlechte Unterkünfte waren leider verbreitet. Und entgegen allen Behauptungen hat das frühere Kontingentsystem die Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Ausland kaum beschränkt. Zwar hat der Bund sogenannte Höchstzahlen (Kontingente) für die verschiedenen Bewilligungskategorien erlassen. Doch bei der Festlegung dieser Höchstzahlen waren die Arbeitgeber von Beginn weg beteiligt. Namentlich die lobbystarken Verbände der Bau- und der Landwirtschaft sowie des Gastgewerbes stiessen beim Bundesrat stets auf offene Ohren. Ihre Wünsche wurden weitgehend erhört, insbesondere in Bezug auf die Saisonarbeitskräfte. Teilweise haben die Kantone darüber hinaus mehr Saisonbewilligungen ausgestellt als vom Bund vorgesehen.

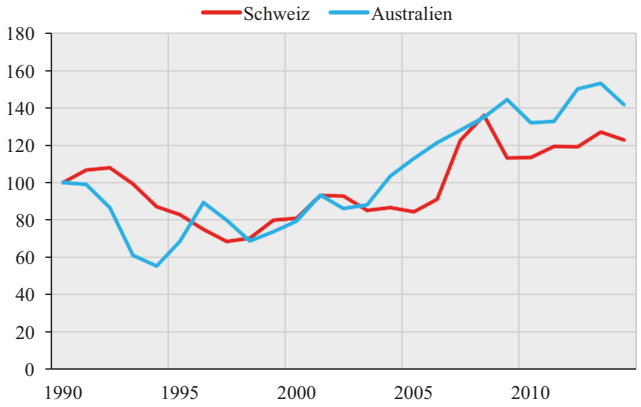
Die verfügbaren Statistiken zeigen denn auch deutlich, dass die Erwerbstätigkeit von Jahres- und Kurzaufenthalterinnen sowie von Grenzgängern Anfang der 1990er Jahre ein ähnliches Niveau wie in den 2010er Jahren erreichte. In diesen Statistiken nicht berücksichtigt sind dabei diejenigen ausländischen Arbeitskräfte, welche schwarz angestellt waren. Wäre die «Schwarzarbeit» enthalten, würden diese Zahlen wesentlich höher ausfallen.

Beim Vergleich der heutigen Situation mit dem früheren Kontingentsystem muss zudem berücksichtigt werden, dass die Migration weltweit zugenommen hat. Die Menschen sind mobiler. Reisen ist kürzer und einfacher geworden.

Dazu kommt, dass es mit dem Internet viel einfacher geworden ist, Stellensuchende aus dem Ausland anzusprechen. Früher waren die offenen Stellen vor allem in regionalen Zeitungen ausgeschrieben. Heute sind sie weltweit im Internet sichtbar.

Bestes Anschauungsmaterial dazu liefert das Beispiel Australiens. Das Land gilt unter den Verfechtern eines Kontingentsystems gemeinhin als Musterbeispiel. In Australien ist die Einwanderung – gemessen an der Wohnbevölkerung – heute rund 40 Prozent höher als 1990. Damit war die Aufwärtstendenz im Inselstaat noch höher als in der Schweiz, trotz Kontingenten. | *Daniel Lampart, SGB-Chefökonom*

Entwicklung der Einwanderung im Verhältnis zur ständigen Wohnbevölkerung
(1990 = 100, «Inflow of foreign population» gemäss OECD)



Quelle: OECD, BFS, Berechnungen SGB

Pepsi piesackt Personal

Der Multi PepsiCo konnte in seiner Fabrikationsstätte in Lahore (Pakistan) nicht länger verhindern, dass sich die Beschäftigten zu einer Gewerkschaft zusammengeschlossen haben. Seine gewerkschaftsfeindliche Strategie hat der Konzern aber nicht aufgegeben, sondern lediglich maskiert. Gewerkschaftsfunktionäre werden in Disziplinarverfahren verwickelt und mit falschen Anschuldigungen überhäuft. Der Präsident der Gewerkschaft wurde aus der Fabrik abgezogen, so dass ihm der Kontakt mit den 650 Mitgliedern seiner Organisation unmöglich geworden ist. Das Unternehmen gründete ausserdem – zwecks Spaltung der Arbeiterschaft – eine Scheingewerkschaft. Die Internationale der Lebensmittelarbeiter (IUF) hat eine weltweite Protestkampagne gestartet. | *labourstart*

Die Lehren aus Ebola

PSI, die Internationale des Service public, sieht das Gesundheitswesen angesichts immer neuer Pandemien gefordert, endlich die richtigen Schlüsse zu ziehen. Der Umgang mit dem Ebola-Virus zeigt laut Generalsekretärin Rosa Pavanelli, dass die an sich erwiesenen Grundsätze vielerorts nicht angewandt werden, was die Katastrophe in den betroffenen Gebieten multipliziert. In Guinea, Liberia und Sierra Leone wütete das Ebola-Virus nicht ohne Grund am heftigsten; es traf dort auf ein schwach ausgebautes und personell unterdotiertes Gesundheitswesen, in das über Jahrzehnte hinweg zu wenig investiert worden war. Das hatte zur Folge, dass sich das Virus fast ungehindert verbreiten konnte. «Gesundheitsdienstleistungen werden sinnvollerweise von der öffentlichen Hand angeboten und vom Prinzip der Gleichbehandlung ohne Ansehen des Portemonnaies geleitet», so Pavanelli. Für eine gute Bewältigung von Krisen braucht es eine genügende Zahl genügend qualifizierter Fachkräfte, die man anständig bezahlen und ausreichend schützen muss, weil sie sonst in andere Länder abwandern. Sowohl die Prävention als auch der Umgang mit Erkrankten verlangen nach Koordination – und die kann einzig der Staat gewährleisten. | *psi (Foto: Leasmhar)*

Spital in Sierra Leone (2014).

Wer war's? Sport und Politik

Um eine politische Kundgebung an einem Sportanlass geht es heute – wir suchen die Urheber. Dass der Sport unpolitisch sei, war ja nie auch nur eine Hundertstelsekunde wahr. Seit Hellas wurde im Sport und mittels Sport Ideologie betrieben. Das Ringen galt nicht nur Zeiten, Höhen und Weiten, sondern auch politischen Anschauungen. Beispiel Olympia 1936: Nazideutschland zeigte für zwei Wochen ein freundliches Gesicht; Berlin verbannte die Hetzparolen von den Strassen, im Olympischen Dorf wurde Völkerfreundschaft gefeiert, und das Publikum bejubelte im Stadion auch schwarze Sieger.

Selbst eine «Halbjüdin», die Fechterin Helene Mayer, durfte für Deutschland antreten. Sie dankte für Silber mit dem Hitlergruss. Einer anderen jüdischen Sportlerin, der Hochspringerin Gretel Bergmann, wurde die Teilnahme verwehrt, obwohl sie medaillenträchtige Höhen sprang. Die «arischen» Deutschen klassierten sich dann auf den Plätzen 3 und 4: Elfriede Kaun und Dora Ratjen. Letztere hiess später Heinrich Ratjen – ein ähnlicher «Fall» wie heute Caster Semenya. Jesse Owens, der schwarze US-Sprinter, der zum Ärger Hitlers in vier Disziplinen triumphierte, sah sich nach Rückkehr in die Heimat wieder mit der amerikanischen Version des Rassismus konfrontiert. Präsident Roosevelt verweigerte den Glückwunsch. Und bei den Duschen hiess es stets: Warten, bis die Weissen fertig sind.

Wie man fast jeden Tag in der Zeitung lesen kann, haben die USA den Rassismus nicht überwunden (und Gutenacht, wenn Trump Präsident wird). Die Hautfarbe nimmt noch immer wesentlichen Einfluss darauf, ob jemand an die Uni kommt oder in den Knast. Polizeigewalt trifft Menschen mit dunkler Hautfarbe ungleich stärker, was tödlich ist in einem Land, in dem so viele Schusswaffen im Umlauf sind. Der Football-Spieler Colin Kaepernick weigert sich aus solchen Gründen, die US-Hymne mitzusingen.

Doch jetzt, nach zugegeben langem Vorgeplänkel, rasch zu den Zielpersonen. Angespielt wird auf eine der eindrücklichsten politischen Demonstrationen beim Sport ever. Die beiden Athleten, die sie bei der Siegerehrung vollbrachten, bezahlten teuer dafür. Zwar wurde ihr Bild zu einer Ikone der Bürgerrechtsbewegung, aber sie selbst wurden lebenslänglich für Olympia gesperrt. Zur Teilnahme an der Verlosung von Büchergutscheinen (100, 50, 20 Franken) reicht die Nennung eines der Helden. Auf die Postkarte kommt also wahlweise der Name des Goldmedaillengewinners, der in einer Zeit von 19,8 Sekunden so geschwind rannte wie zuvor keiner. Oder des mit Bronze Ausgezeichneten, der 2 Zehntel später eintraf. Wer eh bei Google guckt, kann auch gleich beide notieren. Danke. Einsendeschluss ist der 19. Oktober. Bedingungen wie gehabt. Zieladresse auch: VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich. | *slt*

Es war Louis Daguerre

Auf einer der frühesten Aufnahmen nach dem Verfahren von Louis Daguerre wurden 1838 zum ersten Mal Menschen abgelichtet: ein unbekannter Schuhputzer und sein unbekannter Kunde auf dem Pariser Boulevard du Temple. Die Camera obscura war im Prinzip seit der Antike bekannt; auch da Vinci hat sie beschrieben. Anfang des 19. Jahrhunderts waren Tüftler auf der Suche nach einem Material, mit dem sich das vom Licht durchs Loch gemalte Bild konservieren liesse. Louis Daguerre war mit Silber-, später mit versilberten Kupferplatten erfolgreich. Das Verfahren der Daguerreotypie wurde 1839 vorgestellt und verbreitete sich rasch. Dass alle Aufnahmen seitenverkehrt herauskamen, störte nicht gross; giftige Dämpfe bei der Herstellung nahm man in Kauf. Der Erfinder erhielt von Gustave Eiffel eine Nennung auf dem Eiffelturm und vom französischen Staat eine lebenslange Rente. Für eine Rente reichen die VPOD-Mittel nicht, daher wurden Büchergutscheine verlost. Gewonnen haben: Christina Staub (Zürich), Ueli Tschamper (Basel) und Heinz Wulf (Wohlen). Bezüglich Anbringung ihrer Namen am Eiffelturm stehen wir mit Paris in Verhandlung. | *slt*

Delegiertenversammlung des Verbandes vom 24. September 2016

Die Delegiertenversammlung hat

- die konsolidierte Rechnung des Verbandes/seiner Regionen/Sektionen abgenommen.
- die von der VPOD-Tagung zuhanden der DV verabschiedete Resolution «Stopp zum Lohndumping» mit drei Ergänzungen gutgeheissen; der hängige Kongressantrag wurde von der Region Tessin zugunsten der Resolution zurückgezogen.
- der vom Landesvorstand vorgeschlagenen Neugestaltung der Werbeprämien – durchgängig 100 Franken für jedes neugeworbene Mitglied, 50 Franken für ein Mitglied in Ausbildung – zugestimmt.
- aktuelle Berichte über die Mobilisierung der Lehrpersonen in Neuenburg, über die jüngsten Leaks bei den TISA-Verhandlungen und über das USR-III-Referendum gehört.
- die Parole zur Eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. November 2016 gefasst: Ja zur Atomausstiegsinitiative.

Stefan Giger, Generalsekretär

VPOD-Landesvorstand vom 2. September 2016

Der VPOD-Landesvorstand hat

- mit grosser Bestürzung und Trauer vom Tod des VPOD-Regionalsekretärs Pierre-Yves Oppikofer Kenntnis genommen.
- Jana Heinle und Olivia Kron, neue Mitarbeiterinnen im Zentralsekretariat, begrüsst und Kabilan Sivapatham, der den VPOD verlässt, mit besten Wünschen verabschiedet.
- den Revisionsbericht und die konsolidierte Jahresrechnung 2015 zuhanden der Delegiertenversammlung verabschiedet.
- Aufbauprojekten in der Region Aargau/Solothurn und Bern Kanton zugestimmt sowie Mittel für eine Plakatkampagne für AHVplus, für den Kampf gegen die Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur und für einen Warnstreik der Neuenburger Lehrpersonen freigegeben.
- zuhanden der DV eine Neugestaltung der Werbeprämien ab 2017 vorgeschlagen.
- der Auflösung der (kleinen) Sektionen Arbon, Brugg und Orbe zugestimmt.
- die Traktandenliste für die DV des Verbandes vom 24. September festgelegt.
- einen Antrag der Region Waadt gutgeheissen, wonach das neue VPOD-Anstellungsreglement an einer Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz vernehmlasst wird.

Stefan Giger, Generalsekretär

Lilian Uchtenhagen †

Im September ist die ehemalige SP-Nationalrätin Lilian Uchtenhagen, die über 40 Jahre lang auch VPOD-Mitglied war, einen Tag vor ihrem 88. Geburtstag gestorben. Sie gehört zu den ersten 12 Frauen, die 1971 nach Annahme des Frauenstimmrechts nach Bern gewählt wurden.

Und die intellektuell brillante, zugleich keine Kleinarbeit scheuende Politikerin wäre auch die erste Bundesrätin geworden, wenn nicht eine bürgerliche Machtdemonstration dies verhindert hätte. Die Vorgänge rund um Uchtenhagens Nichtwahl (auch die Tatsache, dass sie als Frau nach ganz anderen Massstäben beurteilt wurde als Männer) haben 1983 eine ganze Generation von Frauen erzürnt und politisiert – und auch viele Männer. Ein Jahrzehnt später, als die Rechte dasselbe Spiel mit Christiane Brunner trieb, war der Ausgang bekanntlich ein anderer: Ruth Dreifuss wurde gewählt. Diese sagte zum Tod ihrer Weggefährtin, Uchtenhagen habe trotz ihrer Niederlage die Tür für die Frauen weiter aufgeschoben. Lilian Uchtenhagen gehörte mit Andreas Gerwig, Helmut Hubacher und Walter Renschler zur legendären nationalrätlichen «Viererbande», welche den SP-Kurs in Bundesbern über Jahre bestimmte. Nach dem Rückzug aus der Politik 1991 blieb Lilian Uchtenhagen bis 1997 Verwaltungsratspräsidentin von Coop Zürich. Auch in gesellschaftlichen Fragen war sie weiterhin engagiert, bis eine schwere Krankheit sie zum Rückzug zwang. | *slt (Foto: Keystone)*

Immer wieder überwältigend: welche Begabungen in der VPOD-Mitgliedschaft vorhanden sind. Kollege Dominique Gigante aus Vevey gratulierte mit diesem Aquarell dem VPOD zum Geburtstag: «111 ans! Bravo!» Das *VPOD-Magazin* seinerseits gratuliert zum Bild. Titelvorschlag: «Alleingang vs. Solidarität.» | *slt*

Rote Köpfe

Einen Missgriff in der Metaphernkiste tat CVP-Kampagnenleiterin **Laura Curau**. Sie lud zum Presseanlass unter dem Motto «Die AHVplus ist sauteuer». «Das Geld der Schweizer Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist mit dieser Verteilung im Giesskannenprinzip schlecht investiert. Etwa so schlecht, wie wenn Sie einem Schwein ein Gourmet-Menü servieren», hiess es in der Einladung. Auf dem Berner Bärenplatz wurde realexistierenden Säuen ein Dreigangmenü verfüttert. Schweine = Rentner? Rentner = Schweine? Christliche Volkspartei, war es *das*, was du uns mitteilen wolltest?

Neue Gesichter im VPOD-Zentralsekretariat: Auf der Buchhaltung hat **Jana Heinle** als Nachfolgerin von Kabilan Sivapatham die Arbeit aufgenommen. Und als neue persönliche Mitarbeiterin des Generalsekretärs – was man früher «Vorzimmer» nannte – waltet **Olivia Kron**. Herzlich willkommen!

Im Aargau stehen Gesamterneuerungswahlen an. Der VPOD unterstützt natürlich die Wiederwahl seines treuen Mitglieds: Kollege **Urs Hofmann** hat im Regierungsrat hervorragende Arbeit geleistet. Was man allein schon daran ablesen kann, dass die Internet-Suche nach «Urs Hofmann + Skandal» keinen Treffer ergibt. (Google: «Es fehlt: ‹Skandal›.») Und das, obwohl es Hofmann durchaus pikant mag: Auf der Website verrät er als sein Lieblingsrezept «Penne all'arrabiata». In die Sauce kommen nebst den Basics «genügend frische Peperoncini, fein gehackt, ergänzt durch Chili-Flocken nach Belieben». Ratschlag für die Dosierung: «Die Sauce ohne Penne muss ‹zu scharf›, aber noch geniessbar sein, damit sie vermischt mit den Penne scharf, aber gehaltvoll ist.» Auch für den Aargauer Grossen Rat gibt es herausragende VPOD-Kandidaturen. Nämlich **Silvia Dell'Aquila, Lelia Hunziker, Sarah Lohr, Claudia Mauchle, Claudia Mazzocco, Itamar Piller, Florian Vock** und **Andy Vogt**. Dosierung: Zweimal auf jede Liste!

Sein schönes Wahlresultat bereits im Kasten hat in Schaffhausen VPOD-Vorstandsmitglied **Patrick Portmann**, der an Bisherigen vorbei in den Grossen Rat segelte. Vor drei Jahren hat Portmann dadurch Schlagzeilen gemacht, dass er aus Empörung über unmenschliche Flüchtlingspolitik von der Jungen CVP zu den Juso wechselte. Die souveräne Wiederwahl schaffte auch VPOD-Kolumnistin **Susi Stühlinger** – trotz Pseudonym («Stühlinger Susanne»). | *slt*

Für einen befriedigenden Abgang von Kollegin D. brauchte es zähe Verhandlungen

Farbenspiele im Arbeitszeugnis

Mit dem Leitungswechsel verschlechterte sich das Arbeitsklima im Sozialdienst. Kollegin D. wurde krank und kündigte schliesslich. Dank dem VPOD kam sie zu einem anständigen Arbeitszeugnis.

| **Text:** *Sabine Braunschweig (Foto: Evgeny Sergeev/iStockphoto)*

Das Aufgabenfeld einer Sozialarbeiterin im Bereich Sozial- und Flüchtlingsberatung ist vielfältig und anspruchsvoll. Die Beratung und Betreuung der Klientinnen – unter ihnen auch anerkannte und vorläufig aufgenommene Flüchtlinge – sind Teil der Tätigkeit, die Förderung der sozialen und beruflichen Integration, aber auch Einzelhilfe in Fragen von Partnerschaft, Ehe, Erziehung sowie Scheidung. Es werden Therapie- und Heimplätze vermittelt. Budgetberatung, Lohnverwaltung, Schuldensanierung gehören dazu, die Vernetzung und Zusammenarbeit mit Fachpersonen anderer Institutionen ebenfalls. Das Erstellen von Gutachten und Sozialberichten muss man genau so beherrschen wie die Öffentlichkeits- und Projektarbeit. Zusätzlich gilt es, Krisen zu erkennen und notfalls zu intervenieren.

Mit Akribie und bunten Farben wurde das Zeugnis für Kollegin D. verbessert.

Positives Zwischenzeugnis

Diese – unvollständig aufgelisteten – Tätigkeiten verlangen eine abgeschlossene Ausbildung in Sozialer Arbeit, Fachwissen im Sozialversicherungsbereich und im Sozialhilferecht, Berufserfahrung und Kompetenzen in der Beratungs- und Gesprächsführung, Interesse an Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten und Kulturen sowie Organisationstalent und EDV-Kenntnisse. All das besitzt Kollegin D. Mit grosser Freude übte sie seit vielen Jahren ihren Beruf im Sozialdienst aus. Die «MAB» – Mitarbeiterinnenbeurteilungen – lauteten regelmässig für beide Seiten positiv. Anlässlich eines Wechsels in der Leitung liess sich D. ein Zwischenzeugnis ausstellen, das ihre Kompetenzen auf all diesen Ebenen bescheinigte.

Doch nun – mit dem neuen Vorgesetzten – verschlechterte sich das Arbeitsklima frappant. D. wurde mit unterschiedlichsten Vorhaltungen und Vorwürfen konfrontiert und unter Druck gesetzt, die sie nicht einfach so wegstecken konnte. Sogar Kündigungsandrohungen wurden ausgesprochen. Die Situation am Arbeitsplatz belastete D. derart, dass sie sich krankschreiben lassen musste. Als sich auch nach mehreren Wochen kein Ausweg abzeichnete, entschied sie sich, eine neue Stelle zu suchen. Mit der Kündigung begann der langwierige Kampf um ein korrektes Arbeitszeugnis.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

D. hatte den Eindruck, dass sich die Missstimmung subtil zwischen den Zeilen niedergeschlagen hatte. Etwa wenn es hiess, dass es ihr zunehmend schwergefallen sei, die Rahmenbedingungen zu akzeptieren. Sprachbewusst, wie sie war, nahm sie sich viel Zeit, passende Wendungen zu finden und zu begründen. Sie legte Wert auf die detaillierte und vollständige Auflistung und Beschreibung der täglichen Aufgaben, der verlangten Anforderungen und der erforderlichen Kompetenzen. Sie formulierte Sätze um, übernahm Formulierungen aus dem Zwischenzeugnis und der Stellenbeschreibung, strich für sie kompromittierende Aussagen. Die Veränderungen unterlegte sie mit Gelb, die Begründungen für den VPOD-Vertrauensanwalt schrieb sie in Rot. So sah er auf Anhieb, was sie im Text kritisierte – allerdings entstand dabei ein bunter Flickenteppich, der nicht leicht zu entziffern war.

Einfarbige Endfassung

Auch wenn der Vorgesetzte betonte, dass die «Arbeitszeugnisse für alle Mitarbeitenden in der gleichen formellen Struktur» verfasst würden, lenkte er schliesslich ein und unterzeichnete die bereinigte – nun wieder einfarbige – Version. Mit der sorgfältigen Abfassung wollte sich Kollegin D. die Aussicht auf künftige Arbeitsstellen nicht verbauen, und hatte – dank der Unterstützung des VPOD – damit Erfolg.

Immer mehr prekäre Beschäftigung in Südafrika – eine NGO hilft

Handschuhe für Frau Mwedwe

Ein neues Gesetz verleiht prekär Beschäftigten in Südafrika mehr Rechte. Doch die Arbeitgeber setzen alles daran, seine Durchsetzung zu verhindern. Die Betroffenen benötigen die Hilfe einer NGO.

| **Text und Foto:** *Vincent Mpepe*

Seit dem 1. Januar 2015 haben Temporärarbeitskräfte in Südafrika gleiche Rechte wie Festangestellte. Theoretisch zumindest. Nach drei Monaten sollten sie einen festen Arbeitsvertrag bekommen, zu den gleichen Bedingungen wie Festangestellte. So schreibt es die neue Section 198 des Arbeitsgesetzes vor. Das heisst: gleicher Lohn und gleiche Sozialleistungen für temporäre und über Vermittlungsfirmen Angestellte. Die Gesetzesänderung ist ein Meilenstein. Denn bei Arbeitgebern im Land am Kap ist die Praxis weit verbreitet, Personal über Arbeitsvermittlungsfirmen anzustellen und so Krankenkasse und Rentenversicherung zu sparen oder missliebige Beschäftigte in Rekordzeit loszuwerden.

Grosse Verbesserung

«Section 198 ist unsere Rettung», sagt Sipho Khoza, der letztes Jahr als Lagerassistent bei Barloworld Equipment in Boksburg, einem Vorort von Johannesburg, begonnen hat. Angestellt war er über die Agentur «Louis Alanda», zu miserablen Bedingungen: «Mit dem Lohn konnte ich meine Familie kaum durchbringen.» Durch das neue Gesetz hat sich die Situation des 35-Jährigen grundlegend verändert: «Nun erhalte ich den gleichen Lohn und die gleichen Sozialleistungen wie Festangestellte, medizinische Behandlung und Altersvorsorge. Und sie schicken uns sogar in die Weiterbildung.»

Dies wurde ihm jedoch nicht einfach so gewährt. Denn trotz gesetzlichem Anspruch verweigern viele Unternehmen den Beschäftigten die ihnen zustehenden Rechte. Da die Gewerkschaften sich nicht um Arbeitskräfte ausserhalb der formalen Ökonomie kümmern, können sie sich kaum wehren. Umso grössere Bedeutung kommt Organisationen wie dem Solidar-Partner CWAO (Casual Workers Advice Office; siehe Kasten) zu. Dieses Büro war es denn auch, das Sipho Khoza dabei unterstützte, seinen Fall vor die Schlichtungsstelle zu bringen.

Bis Mitte 2016 hat CWAO über 8000 Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützt und 220 Fälle vor die Schlichtungsstelle gebracht – der grösste Teil betraf den neuen Gesetzesartikel. Fast in der Hälfte der Fälle konnte eine Festanstellung durchgesetzt werden. Und dies, obwohl die Organisation mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte: Als NGO darf CWAO die Mandantschaft nicht vor Gericht vertreten, weil die Schlichtungsstelle dafür nur registrierte Gewerkschaften oder Anwältinnen und Anwälte akzeptiert. Trotzdem wurden viele Fälle mit Unterstützung von CWAO gewonnen. Auch der von Sipho Khoza.

Casual workers advice office CWAO
CWAO wurde 2011 gegründet mit dem Ziel, die wachsende Zahl prekär Beschäftigter in Südafrika zu unterstützen. Die Solidar-Partnerorganisation bietet kostenlose Beratung und rechtliche Unterstützung für temporär Angestellte. Auf gerichtlichem Weg versucht CWAO durchzusetzen, dass auch unabhängige NGO als Vertretungen vor der Schlichtungsstelle zugelassen werden. www.solidar.ch/cwao

Hartnäckigkeit bringt's

Auch Babazile Mwedwe aus Germiston, ebenfalls nahe Johannesburg, wandte sich an CWAO, nachdem sie am Bahnhof ein Plakat der Organisation gesehen hatte. «Wir hatten die Nase voll von der Ausbeutung. CWAO unterstützte uns bei den Verhandlungen mit dem Arbeitgeber. Das hat unser Leben verändert.» Die 23-Jährige war im März 2014 von Buhle Cleaning Services angestellt worden, um bei Volvo in der Reinigung zu arbeiten. «Ich verdiente nur 2400 Rand (gut 150 Franken) im Monat. Überstunden und Krankheitsabsenzen wurden nicht vergütet. Es gab auch keine medizinische Unterstützung, keine Altersvorsorge. Wir erhielten nicht einmal Arbeitshandschuhe», erzählt sie.

Als ihr Chef herausfand, dass sie CWAO eingeschaltet hatte, wollte er ihre Arbeitszeit auf 2 Wochentage kürzen. Aber CWAO brachte den Fall vor die Schlichtungsstelle. Jetzt ist Babazile Mwedwe fest angestellt, mit allen Sozialleistungen. Und mit Handschuhen. Der Lohn stieg auf 3100 Rand (200 Franken). Damit kann die junge Frau für ihre Familie aufkommen und zugleich eine Ausbildung beginnen – Berufsziel: Sozialarbeiterin.

Raus aus der Prekarität: Babazile Mwedwe.

Ulrike Mann, Kontrabassistin im Sinfonieorchester Basel

Tief und gefährlich

Musikerinnen und Musiker leben gefährlich. Sie brauchen darum Schutz, sagt Ulrike Mann, die seit über 30 Jahren im Sinfonieorchester Basel Kontrabass spielt. Und ebenso lange VPOD-Gewerkschafterin ist. Was kein Widerspruch ist – im Gegenteil! | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)*

Für die Streicher ist die Generalprobe des Sinfonieorchesters Basel bereits zu Ende; Kontrabassistin Ulrike Mann muss erst am Abend wieder antreten: schwarz gewandet zum Konzert. Während wir auf dem Münsterplatz Kaffee trinken, wehen Klänge der Bruckner-Messe zu uns herüber, die jetzt von Bläsern und Chor geprobt wird. Zuvor hatte man Messiaen gespielt: «Meditationen» – wie fürs Basler Münster geschaffen. Für die Kollegin ist es eine besondere Freude, Marek Janowski wiederzusehen, den sie aus ihren Lehr- und Wanderjahren kennt. Im Gegensatz zu manch jüngerem Dirigenten, der vorab fürs Publikum hüpft und winkt, formuliere Janowski genau, welche Klangwirkung ihm vorschwebe und wie die zu erzeugen sei.

Frau für tiefe Töne: Ulrike Mann.

Klischees im Test

Leben Musiker in einer anderen Welt? Entsteht bei festangestellten Künstlern mit der Zeit nicht seelenlose Routine? Hat man es als Frau mit einem so grossen und so tiefen Instrument besonders schwer? Klischee um Klischee serviere ich der Kollegin; nicht alles erweist sich als falsch. Tatsächlich waren Kontrabassistinnen vor 30 Jahren in den Orchestern Europas noch exotisch. Damals gab es sie tatsächlich noch, die Kollegen, die partout nicht neben einer Frau bassgeigen wollten. Und die Machosprüche absonderten à la «Warte nur, Mädel, bis zur ersten Bruckner-Sinfonie. Da kommst du dann an deine Grenzen.»

Von wegen Bruckner: Es ist in der Tat das romantische und spätromantische Repertoire, das es der Kollegin besonders angetan hat. Brahms etwa habe besonders schöne Bassstimmen geschrieben, findet sie. Dass der Kontrabass neuerdings auch solistisch hervortreten wolle und dass man zu diesem Zweck alle möglichen und unmöglichen Konzerte umschreibe, sieht sie eher mit Skepsis. Die Stärke ihres Instruments liege woanders: «Der Kontrabass ist das Fundament des Orchesters.» Seine riesige Dimension hat übrigens nicht nur Nachteile. Während kleinere Instrumente vom Cello an abwärts von ihren Spielern selbst transportiert werden, braucht Ulrike Mann jeweils nur den Bogen mitzunehmen. Und das grosse Gehäuse mit der Nummer 31, in dem ihr Bass wohnt, kann gut auch als Umkleidekabine dienen.

Es ist etwas anderes, was Ulrike Mann jetzt sogar ein wenig in Rage bringt: die Frage, ob gewerkschaftliche Sichtweisen mit künstlerischen überhaupt kompatibel sein können. Aus einem pfälzischen Musiker- und Gewerkschaftshaushalt stammend, hat sie auch in Basel gleich beim VPOD angedockt und die Gruppe Orchester mitbegründet. Seither ist einiges geschehen, was ohne Gewerkschaft zumindest schmerzhafter abgelaufen wäre: die Zwangsfusion zweier Klangkörper (des Radio-Sinfonieorchesters Basel und des Basler Sinfonie-Orchesters) und die Schrumpfung des neuen Ensembles von spät- auf frühromantische Grösse.

Den VPOD brauche es auch, weil die berufsmässige Ausübung von Musik eigentlich eine Form von Spitzensport darstellt – mit den zugehörigen Risiken. Es stellen sich Zipperlein und Haltungsschäden ein, Probleme mit Sehnen und Gelenken. Auch das Gehör – für die Musikerin ein Zentralorgan – droht in Mitleidenschaft gezogen zu werden, wenn dauernd eine Posaune oder Trompete direkt ins Ohr tutet. Wer das mit Ohrenpfropfen zu dämpfen versucht, hört dann auch *das* nicht mehr, was gehört werden müsste (sondern schlimmstenfalls nur noch den eigenen Tinnitus ...).

«Jemand muss uns schützen»

Die extremen und extrem unregelmässigen Arbeitszeiten sind der Gesundheit ebenso wenig zuträglich. Dass Ulrike Mann nebenher plusminus im Alleingang noch zwei Kinder grossgezogen hat, erscheint ihr im Rückblick selbst als ein logistisches Meisterstück: Für jede Woche musste ein neuer Betreuungsplan erstellt werden. Und dann können in einem hundertköpfigen Betrieb auch mal menschliche Konflikte auftreten. Bloss: In diesem hier gibt es keine Bürotür, die man hinter sich zumachen kann. Nie! «Darum», sagt die Kollegin, «braucht es jemanden, der uns schützt.» Musik soll ja nicht nur der Hörerschaft, sondern auch den Ausübenden Freude machen – selbst wenn sie Profis sind.

HOTEL iGRAPPOLI LUGANO-SESSA ★★★

Eine ruhige Oase im Grünen...
Unser Hotel ist... Ihr Hotel !

Herbst zwischen Merlot und Kastanien

Gültig im September und Oktober 2016

Im Hotel*** (3 Nächte, 4 Tage)

Spezialpreis für Mitglieder
- Doppelzimmer (2 Erwachsene)
CHF 310.- (statt CHF 365.-) pro Person im Doppelzimmer

Inklusiv:
- 3 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet
- 1 «Gourmetmenu mit Kastanien und Merlot» (Vier-Gänge-Abendessen)
- 2 Drei-Gänge-Abendessen
- 1 Weindegustation der Traubensorte Merlot, verbunden mit einem Besuch des Weingutes «Tenuta Vallombrosa» in Castelrotto
- Willkommensgeschenk

Für alle anderen Übernachtungen gilt:
15% Rabatt auf Last-Minute-Angebote
25% Rabatt auf Preisliste

Albergo i Grappoli • 6997 Sessa • Tel. 091 608 11 87 • Fax 091 608 26 41 • www.grappoli.ch • info@grappoli.ch • fb.com/Grappoli.Sessa

AZB Postfach 8279, 8036 Zürich

VPOD Bildungspolitik Nr. 198 ist soeben erschienen

Der Schwerpunkt der neuen Ausgabe der VPOD Bildungspolitik widmet sich zum einen dem Konzept der Resonanzpädagogik, zum andern dem Kampf gegen Sparen am Service public und Bildungsabbau.

VPOD Bildungspolitik
Seit 40 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der Bildungspolitik.

Ein Jahresabonnement umfasst 5 Ausgaben und kostet 40 Franken.

Kontakt und weitere Informationen unter:
redaktion@vpod-bildungspolitik.ch
www.vpod-bildungspolitik.ch
VPOD Bildungspolitik, Postfach 8279, 8036 Zürich

vpod ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter | *slt*

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
gdz AG, Zürich

Auflage: rund 20 000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

FSC www.fsc.org MIX Papier aus verantwortungsvollen Quellen FSC® C009035

Titelseite: *Nahaufnahme der 50-Euro-Note (Bild: M2K7/iStock; Europäische Zentralbank)*